

Wöchentlich 10 Pfennig, wochentlich 2.- Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit den illustrierten Sonntagsbeilagen „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Mutterberatung und Ratschläge“, „Was der Himmel“, „Stadtblätter“, „Brautkammer“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Blitz in die Kaserne“, „Kulturarbeit“ und „Lehrzeit“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration des Reichs-Kontingents auf die Reichsmark 25 Pfennig ist einseitig zur Verfügung gestellt, jedes weitere Wort 11 Pfennig. Die ersten 1000 Wörter des Reichs-Kontingents sind für zwei Worte Reichsmark 25 Pfennig. Die weiteren 1000 Wörter sind für zwei Worte Reichsmark 15 Pfennig. Die weiteren 1000 Wörter sind für zwei Worte Reichsmark 10 Pfennig. Die weiteren 1000 Wörter sind für zwei Worte Reichsmark 5 Pfennig. Die weiteren 1000 Wörter sind für zwei Worte Reichsmark 2 Pfennig. Die weiteren 1000 Wörter sind für zwei Worte Reichsmark 1 Pfennig. Die weiteren 1000 Wörter sind für zwei Worte Reichsmark 0,5 Pfennig. Die weiteren 1000 Wörter sind für zwei Worte Reichsmark 0,2 Pfennig. Die weiteren 1000 Wörter sind für zwei Worte Reichsmark 0,1 Pfennig.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: T 2401-2407. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57556 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angehörten und Beamten Waldstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Die brennende Reichswehr.

Craß, Scherz und Saffire in der Haushaltsrechnung 1926.

Von Kurt Helmig.

In den zwanzig Abschnitten des Reichshaushalts für 1926, dessen Abrechnung jetzt der parlamentarischen und dann noch der Erledigung durch den Rechnungshof harret, betragen die Gesamtüberschreitungen 445,5 Millionen Mark. Von dieser halben Milliarde Ueberschreitung des Rechenmillardenetats von 1926 ist über die Hälfte — genau 239,7 Millionen Mark — als Mehrüberweisung aus Steuern an die Länder gegangen.

Durch gesetzliche Vorschriften mußten im Saldo des Etatsjahres 43,8 Millionen Mark mehr als genehmigt, also zwangsweise ausgegeben werden.

Durch Veränderung der Löhne und Gehälter im Laufe des Rechnungsjahres 1926 ist der Etat um 3,2 Millionen Mark überschritten worden.

87,6 Millionen Mark sind nur rechnermäßig überschritten, also durch Mehreinnahmen gedeckt worden.

So verbleiben für 1926 rund 51 Millionen Mark an eigentlichen Ueberschreitungen der Verwaltungsausgaben; das sind 0,76 Proz. des Gesamtsolls aller Ausgaben (ohne Steuerüberweisungen).

Ganze 0,76 Proz. Ueberschreitungen — wenn man's so liebt, möcht's leidlich scheinen. . . .

Der ganze Ernst, das heißt hier die Bedenkenlosigkeit, mit der viele dieser Ueberschreitungen vor sich gingen, ergibt sich erst bei der Einzeluntersuchung, wobei — um Irrtümer zu vermeiden — gleich hinzugefügt werden muß, daß mit der Nachprüfung der Etatsüberschreitungen nur ein Punkt der mangelhaften parlamentarischen Kontrolle des Reichshaushalts zur Debatte gestellt ist.

Zuerst mag der Scherz zur Geltung kommen — auch er stammt in der Reichshaushaltsrechnung von der Reichswehr.

Im Kapitel B 7 (Unterbringung) hat das Reichswehrministerium einen kleinen Titel 11, „Geschäftsbedürfnisse“. Dazu waren 38 100 Mark bewilligt. Er ist um 115,60 Mark überschritten worden. Das Reichswehrministerium erklärt dazu, daß hier ein Betrag gegen die Reichshaushaltsordnung vorliege, das Heeresunterkunftsamts Königsberg i. Pr. werde diesen Betrag der Reichskasse wieder zuführen!

Der halbe Reichswehretat verfließt gegen die Reichshaushaltsordnung, von den vielen Millionenresten bis zu den übertragbaren Mitteln und den „Töpfchen“, aus denen man sich „selbst bewirtschaftet“. Sollte man beabsichtigen, sich erst einmal gewissermaßen probeweise, mit kleinen Summen „ehrlich“ zu machen?

Es steht zu fürchten, daß von 100 Mark bis zu den Millionen der Weg sehr lang werden wird. . . .

Bei der Reichswehrrechnung kommt aber auch der Ulf zu seinem Recht.

Bei einem anderen Kapitel (Intendanten, Wehrkreisverwaltung) gibt es ebenfalls einen Titel 11 „Geschäftsbedürfnisse“. Er war mit 73 220 Mark ausgestattet und ist um — 23,37 Mark überschritten worden.

Dazu schreibt man:

„Unvorhergesehene Kosten infolge Durchführung von Versuchen und Zusammenlegung von Standortverwaltungen auf Anregung des Sparkommissars. Trotz Zurückstellung anderer Bedürfnisse hat sich die geringe Ueberschreitung nicht vermeiden lassen.“

Demnach hat das Eingreifen des Sparkommissars, des Herrn Ministers Sämiß, bei der Reichswehr einen sichtbaren Erfolg gehabt — man hat ihm zuliebe 23 Mark und 2/3 Pfennig mehr ausgegeben!

Man sieht, das Reichswehrministerium versteht, dem Reichstag auch satirisch zu kommen. . . .

Wir empfehlen dem Rechnungshof, dessen Präsident Herr Sämiß ist, einmal einige andere Titel des Rechnungsberichts der Reichswehr unter die Lupe zu nehmen, z. B. die folgenden: Kosten der Wiederherstellung des „angebrannten“ Wirtschaftsgebäudes I Rüstingen (1 096 130 Mark).

Wiederaufbau des abgebrannten Offiziersheimes und Lehrgebäudes für Waffenschüler des Standorts Jüterbog usw. (721 197 Mark).

Wiederaufbau der abgebrannten Rauchfutterscheune IV in Stuttgart (64 433 Mark).

Wiederaufbau des abgebrannten Dachstuhls des Stabsstalles der Kaserne IV in Oldenburg (9811 Mark).

Beseitigung der Brandschäden in den Standorten Spandau-Kühlleben, Magdeburg und Eilsit (90 793 Mark).

Ersatzbau beim Remonteamt Pleskau für die durch Brandschaden zerstörten Gebäude (Gesamtschaden 249 400 Mark).

Wäre es nicht erwägenswert, die Reichswehr in eine gute und ehrliche Feuerversicherung einzufassen? Der Sparkommissar sollte das ernstlich nachprüfen, auch auf die Gefahr hin, daß er wegen „Durchführung von Versuchen“ mit einigen Mark Kosten im nächsten Rechnungsbericht von der Reichswehr wieder angeulkt wird.

Reichswehrspiegel für Putschzwecke.

Aus der Dunkelkammer der bayerischen Putschisten.

München, 16. Dezember. (Eigenbericht.)

Ein ganz neues Licht auf die Umtriebe der Münchener Putschisten werfen die Enthüllungen, die Genosse Dr. Hoegner als Berichterstatter im bayerischen Untersuchungsausschuß am Dienstag vortrug. Bekanntlich ist bewiesen, daß das Münchener Wehrkreiskommando im November 1923 eine Befehlshaber der außerbayerischen Reichswehr organisiert hat. So erhielt der wegen politischer Betätigung aus der Schweiz ausgewiesene Angehörige des „Kampfbundes“, Major Gräffer, am 28. Oktober von Major Baumann den Auftrag, dem Wehrkreiskommando Nachrichten über die Haltung der sächsischen und anderer Reichswehrrteile zu beschaffen. Auf die zehn Fragen, die ihm dabei mitgegeben waren, antwortete Gräffer am 1. November unter anderem:

Die sächsische Reichswehr sei im ganzen sehr national, die Mannschaft stehe teilweise unter Hitler. Das Offizierkorps begrüße das Vorgehen Bayerns, solange es schwarzweißrot bleibe. Ein militärisches Vorgehen gegen Bayern würde für unmöglich gehalten. Ein Teil der älteren Offiziere stehe jedem Schritt, der ein Risiko in sich schließt, abgeneigt gegenüber, weil ihnen an ihre Stellung bange sei. (1)

In Leipzig sei die Reichswehr um 800 Mann Schwarze

Reichswehr verstärkt, von denen allein 700 das Korps Oberland, die restlichen 100 der Jungdo gestellt habe. Sozialistische Organisationen seien nicht zur Reichswehroverstärkung herangezogen. Die Schupo sei der Reichswehr unterstellt, um zu verhindern, daß diese durch Hundertschaften ergänzt werde. Ihre Haltung sei linksdemokratisch und sie würde sich im Ernstfälle zur stärkeren Partei schlagen.

Sämtliche nationalen Kreise hofften auf eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Bayern und Sachsen. Ueberall sei die erste Frage: Wann marschieren Bayern? Das Jögern wirke demoralisierend.

Gräffer hatte die Zusage, für seine Spießdienste 50 Schweizer Franken zu erhalten. Der Hitler-Putsch machte die Auszahlung jedoch unmöglich, und er bekam von Major Baumann am 10. November ganze 2 Billionen. Baumann wurde dann nach Regensburg versetzt, sein Nachfolger im Generalsstab, Herr Kübel, nahm zwar von dem Spiegel weitere Nachrichten entgegen, erklärte jedoch unter dem 3. Dezember, daß das Wehrkreiskommando keine Mittel zur Nachrichtengewinnung in bezug auf die innere Politik hätte. Damit scheint die Spionageaktivität des bayerischen Wehrkreiskommandos im Dienste des Hitler-Putsches zu Ende gewesen zu sein.

Strafantrag im Arensdorfer Prozeß

7 Jahre Zuchthaus gegen August, 9 Jahre Zuchthaus gegen Paul Schmelzer!

Frankfurt a. d. Oder, 16. Dezember.

Im Arensdorfer Prozeß beantragte der Oberstaatsanwalt Rothe gegen den Angeklagten August Schmelzer wegen Tötung und versuchter Tötung eine Zuchthausstrafe von 7 Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre sowie Einziehung des Gewehrs, gegen den Vater Paul Schmelzer wegen Anstiftung zur Tötung und versuchter Tötung eine Zuchthausstrafe von 9 Jahren, 10 Jahre Ehrenverlust sowie sofortige Verhaftung.

Der Antrag des Oberstaatsanwalts auf Verhaftung Paul Schmelzers wurde vom Gerichtshof abgelehnt. Das Urteil wird morgen gefällt werden.

Frankfurt a. d. O., 16. Dezember.

Der Vorsitzende nahm sich noch einmal den Angeklagten Paul Schmelzer (Vater) ins Ordet und suchte in einer ganzen Reihe von Fragen aus ihm herauszubekommen, weshalb er denn seinen Sohn wenigstens nach den ersten Schüssen nicht zurückgehalten habe. Der Angeklagte erwiderte, er hätte Angst gehabt, daß ihn der Sohn über den Haufen schleien würde, und dann habe er auch geglaubt, daß bei den ersten Schüssen nichts passiert sei, und daß sein Sohn ohnehin nicht weiter schiessen werde. Vorh. Haben Sie Ihrem Sohn beim Wiederladen des Gewehrs Handreichungen getan? Angekl. (sehr energisch), das ist ausgeschlossen. Vorh.: Der Gedanke, Ihrem Sohn das Gewehr aus der Hand zu schlagen, ist Ihnen anscheinend aber nicht gekommen. Angekl. Nein.

Gegen 4 Uhr nachmittags wurde im allseitigen Einverständnis die Beweisaufnahme geschlossen und Oberstaatsanwalt Rothe-Frankfurt ergriff das Wort:

Eine schwere Bluttat ist am 25. Juni dieses Jahres in Arensdorf geschehen. Verantwortlich für dieses traurige Geschehen sind die beiden Angeklagten. Ich klage August Schmelzer der Tötung von zwei, der versuchten Tötung von mehreren Reichsbannermitgliedern an. Ich klage seinen Vater an, daß er seinen Sohn dazu angestiftet hat. Der Anklageerzähler ging dann auf die Vorgeschichte des Prozesses ein, er verwies darauf, daß, vorsichtig gesagt, in Arensdorf keine gute Stimmung gegen das Reichsbanner herrschte. Der erste beleidigende Jurist sei von dem kleinen Hoffmann gefallen und habe natürlich eine Gegenüberlegung von der Gegenseite ausgelöst. Aber die anschließende Schlägerei, in der nichts Besonderes geschehen sei, sei durch das vernünftige Verhalten des Reichsbannerführers schnell beendet, dessen Befehl auch sofort befolgt worden sei. Der Tag hätte ein friedliches Ende genommen.

wenn nicht die beiden Angeklagten Schmelzer dazwischengetreten wären.

Die sich nach anfänglichem Jögern, aufgeregelt durch Frau Schmelzer, in den Kampf gemischt hätten. Der Oberstaatsanwalt hielt es dabei für erwiesen, daß die Verletzung August Schmelzers erst im Laufe der Schlägerei eingetreten sei.

Der Oberstaatsanwalt schilderte dann weiter, wie August Schmelzer in der Wut das Gewehr geholt habe, wie er von seinem Vater mit dem Ruf: „Ran mit der Flinten!“ aufgefordert worden sei, und wie beide Schulter an Schulter vorgegangen seien. Bismarck habe August Schmelzer mit der stärksten Jagdmunition auf die dicht gedrängt stehenden Reichsbannerleute geschossen, von denen sich neun in ihrem Blute wunden. Absolut unmehr ist seine Darstellung, daß er von den Reichsbannerleuten zum Schleichen gereizt worden sei, und daß er nicht wußte, daß die Patronen eine schwere Ladung enthielten. Er hat auch die beiden ersten Schüsse nicht in die Luft abgegeben, sondern er hat gezielt. Im übrigen kommt es darauf nicht an, denn mit dem dritten und vierten Schuß wollte er treffen, er wollte Blut, er wollte den Tod seiner Gegner, ja mehr, desto besser.

Und nun der Vater. Hat er sich väterlich gezeigt? Dauern ging er an der Seite seines Sohnes, und er hat nichts getan, ihn aus seinem verhängnisvollen Tun zu hindern. Er hat nicht einmal den Versuch dazu gemacht, obwohl der Schmelzegerelle Honoch zu Gefangenen war und es zwei Männern wohl gelungen wäre, dem Sohn in den Arm zu fallen. Moralisch ist also das Verhalten des Vaters nicht scharf genug zu verurteilen. Aber auch die strafrechtliche Verantwortlichkeit folgt schon aus seinem passiven Verhalten, das auch den Teilbestand der Beihilfe dadurch erfüllt, daß er dauernd neben seinem Sohn gepatzen ist, daß er selbst ihm zugerufen hat: „Schieß doch!“

Er wollte, wie sein Sohn, den Leuten ans Leben!

Schon in seinen Unterlassungshandlungen allein liegt die Beihilfe. Daneben liegt aber auch Anstiftung vor.

Wir marschieren!

Glänzendes Ergebnis der Werbewoche November 1927.

Nach dem nicht vollständigen Ergebnis, das acht Tage nach dem Schlusstermin der Werbewoche veröffentlicht wurde, wurde ein neuer Termin zur nochmaligen Meldung auf den 10. Dezember angesetzt.

Es wurden jetzt gezählt:

64 099 Neuaufnahmen an Mitgliedern, darunter 13 066 Frauen, und 74 661 Zeitungsläser.

Die Parteibezirke haben alle neu berichtet. Braunschweig hat wegen der Landtagswahltagation, die in die Zeit der Werbewoche fiel, keine besondere Werbeaktion eingeleitet. Von 21 Parteizeitungen ist keine Meldung eingegangen; 35 Zeitungen haben die erste Meldung nicht wiederholt, die Zahlen ihrer ersten Meldung sind in die Uebersicht eingestellt.

Die Gesamtziffern würden sich also, wenn von allen Zeitungen Angaben vorlägen, sicher noch erhöhen.

Gegenüber dem Ergebnis der Werbewoche 1926 ist die Mitgliederzahl um rund 12 000, die der Leser um 5000 höher.

Vorbereitungen zur Wahl.

Der Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei besaßte sich am Freitag eingehend mit den Vorbereitungen zu den bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen. Weiter waren agitatorische und organisatorische Fragen Gegenstand der Beratungen.

Kommunistenrazzia in Südchina.

Russen hingerichtet, Russenkonsole verhaftet.

London, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Auf Grund eines Befehls der Regierung von Kanton wurde in Hankau, wo ein ähnlicher Zustand wie in Kanton vorbereitet war, systematisch nach Kommunisten gesucht. 600 chinesische Soldaten durchsuchten in den frühen Morgenstunden das Territorium der ehemaligen russischen und der ehemals deutschen Siedlung. Sämtliche im Sowjetkonsulat befindliche Personen, Russen und Chinesen, wurden verhaftet; die Zahl soll in die Hunderte gehen.

In Kanton sind wieder fünf Russen hingerichtet worden, so daß die Gesamtzahl zwanzig übersteigt. Der russische Generalkonsul und sein gesamter Beamtenkörper wurden verhaftet.

In Schanghai haben die Behörden angefangen, die wachsenden Kriminalität neue Strafgesetze erlassen, welche die Todesstrafe auf zahlreiche Verbrechen, wie Waffenschmuggel, Raub, Brandstiftung öffentlicher Gebäude, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten usw., ausdehnen.

Brandstiftung öffentlicher Gebäude, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten usw., ausdehnen.

Kanton — die Stadt des Todes!

Kanton, 16. Dezember 1927. (Meuter.)

„Stadt des Todes“ ist der treffende Ausdruck für Kanton nach der Niederwerfung des Aufstandes der Bauern und Arbeiter. Photographien zeigen mit Leichen von Kommunisten beladene Karren, die die Toten nach den Begräbnisplätzen fahren. Auf den Bürgersteigen liegen lange Reihen Leichen, die mit graufiger Klarheit beweisen, mit welchem Rasengeschäft gegen die Kommunisten vorgegangen wurde. Russen sollen die roten Truppen beschützt, das russische Konsulatspersonal mitgekämpft haben; deshalb die Russenverfolgungen. Unter den erschossenen Russen ist eine Frau und der Bizekonsul.

Femeleutnant Schulz gegen die Reichswehr

Er hält die Reichswehroffiziere für Mitschuldige.

Ein Beleidigungsprozeß, der gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Crohne begann, führte zu sensationellen Ausführungen über die Vorgänge der Jahre 1922/23, die sich in der Schwarzen Reichswehr, den sogenannten Arbeitskommandos, abgespielt haben und den Gegenstand der Femeleutnantprozesse bildeten. Angeklagt sind der verantwortliche Redakteur der „Weltbühne“, Karl v. Ossietzky, und der Schriftsteller Berthold Jacob, Verfasser eines Artikels, der unter dem Titel „Plädoyer für Schulz“ am 22. März dieses Jahres erschienen ist. In diesem Artikel findet sich der Satz: „Der (ordentliche) Richter soll nicht außer acht lassen, daß der Oberleutnant nur erteilte Befehle ausgeführt hat und daß man neben ihm auf die Anklagebank mindestens den Hauptmann Keiner und den Obersten v. Bod., maßgebend aber auch den Oberst v. Schleicher und den General v. Seede setzen müßte.“

Hierin erblickte das Reichswehrministerium eine Beleidigung der Obersten v. Bod. und v. Schleicher und des Hauptmanns Keiner und ließ Strafantrag stellen. Generaloberst v. Seede hat — obwohl er noch schärfer in anderen Teilen des Artikels angegriffen wurde — nicht geklagt. Ossietzky und Jacob werden durch die Rechtsanwälte Dr. Georg Böwenthal und Dr. Kpsel verteidigt. Die Anklage vertritt der aus den Femeleutnanten bekannte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Besser.

Bei ihrer Vernehmung behaupteten die Angeklagten, daß sie folgen wollten, die Reichswehrbehörde habe es in der Behandlung der Angelegenheit der Schwarzen Reichswehr allemindestens an der notwendigen Sorgfalt fehlen lassen, so daß ihre Vertreter deshalb schon moralisch auf die Anklagebank gehören.

Als erster Zeuge wurde Oberst v. Schleicher vernommen, der Leiter der politischen Abteilung im Reichswehrministerium, der auslegt, daß 1923 die politische Abteilung des Reichswehrministeriums nichts von den Dingen der Schwarzen Reichswehr gemerkt habe. Rechtsanwalt Dr. Kpsel befragte das Reichswehrministerium zu dieser politischen Abteilung.

Oberst v. Bod. war feinerzeit Chef des Stabes im Wehrkreis-Kommando III Berlin. Ihm unterstand Schulz. Er sagte u. a. aus, daß, wenn die Dienststellen der Reichswehr etwas von Verprügeln und Mißhandlungen bei den Arbeitskommandos erfahren hätten, sie eingegriffen und die Betroffenen entlassen hätten. Dem Oberst ist im ganzen — ein Fall dieser Art bekannt geworden. Auf den Kern der Dinge kam man bei der Aussprache über die Frage der Strafverfolgung. Der Zeuge Bod. mußte zugeben, daß die Führer der Arbeitskommandos keine Strafgewalt hatten, daß ihnen aber aufgegeben war, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Einrichtung der Arbeitskommandos geheim gehalten werde. Wiederholt kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden, der immer wieder Fragen der Verteidiger ablehnte.

Der dritte Zeuge, Hauptmann Keiner, war der nächste unmittelbare Vorgesetzte des Oberleutnants Schulz und hatte die Personalfragen der Arbeitskommandos zu bearbeiten. Ihm ist alles das, was in den Prozessen von Landsberg und Berlin behandelt wurde, erst viel später bekannt geworden. Er hat von den Ermordungen des Wilms, des Grechle, des Brauer, des Pommer und alle der anderen erst nach Jahren gehört. Wieder wurde festgestellt, daß niemals in der Schwarzen Reichswehr

irgendein geordnetes Gerichtsverfahren stattfand. Die Vertreter der Reichswehr konnten sich immer nur auf einen einzigen Fall berufen, in dem ein Mann, der im Verdacht des Verrats militärischer Geheimnisse stand, bei der zuständigen preussischen Polizei angezeigt wurde. Dieser Mann war aber vorher entlassen und nicht mehr zu fassen.

Obwohl der Vorsitzende und der Staatsanwalt den Antrag der Verteidigung, neben anderen Zeugen vor allem den Oberleutnant Schulz zu vernehmen, mit allen Mitteln zu begegnen versuchten, beschloß das Gericht, Schulz zu laden.

Schulz, dessen Beurteilung zum Tode aufgehoben durch die Entscheidung des Reichsgerichts rechtskräftig geworden ist, wurde vorgeführt. Unter ständigen inneren Kämpfen, die man ihm an dem Gesicht ablas, sagte er aus:

„Es gab keinerlei bestimmte Vorschriften, was wir zu tun und zu lassen hatten. Aber es wurde uns immer wieder gesagt, mit allen Mitteln sei für die Geheimhaltung der Zustände in der Schwarzen Reichswehr zu sorgen.“

Auf die Frage ob Selbstjustiz geübt werden sollte, erklärte Schulz wörtlich:

„Das zu entscheiden, darum drückte sich jeder herum. Die Führer der einzelnen Kommandos wurden aber, wenn etwas vorkam, verantwortlich gemacht und furchterlich heruntergeputzt.“

Die betreffenden Kommandos — und hierfür führte Schulz Beispiele an — wurden dann aufgelöst. Befehle sind nicht gegeben worden. Das gemacht worden ist, das mußte gemacht werden. Seit 1923 haben die vorgehenden Behörden alles gemacht, aber es zwei Jahre lang nicht untersucht. Kein Mensch wußte, wie weit er gehen konnte. Aber wenn die Offiziere nicht genau genommen wurden, dann bildete man das stillschweigend. Ein Staatsanwalt hat mir gesagt: was da geschieht, ist unbedingt notwendig, darf aber nicht sein und muß also bestritten werden. Bisher sind die Berichte nie an die eigentlichen Ursachen herangegangen. Daher halte ich meine Beurteilung und die Beurteilungen meiner Kameraden auch in krimineller Hinsicht für fehlerhaft. Die zuständigen Reichswehrstellen haben innerlich das, was geschah, begünstigt, offiziell natürlich nicht, und hätten, wenn sie es gewußt hätten, ihm mit Verständnis gegenübergestanden.“

Auf die Frage des Rechtsanwalts Böwenthal, ob also nach seiner Ansicht die vorgehenden Offiziere der Reichswehr, auf dieselbe Anklagebank gehörten, auf der er gesessen, hätte,

antwortete Schulz nach langem Überlegen mit einem deutlichen „Ja“.

Zum ersten Male an allen den Prozessen, die sich um die Femeleutnanten drehen, hat sich Schulz in dieser Weise geäußert!

Einen weiteren Antrag der Verteidigung, den Major Buchrucker zu laden, der bekunden soll, daß die zuständigen Reichswehrstellen über die Selbstjustiz der Arbeitskommandos unterrichtet gewesen wären, wurde trotz Widerspruch der Staatsanwaltschaft und trotz des Versuches des Vorsitzenden, auch diesen Antrag, wie verschiedene andere, unter den Tisch fallen zu lassen, vom Gericht stattgegeben. Darauf wurde die Verhandlung auf Dienstag, 9 Uhr, vertagt.

Bei August Schmeizer kam der Schutz des § 51 nicht in Frage. Er sei weder an sich geisteskrank, noch habe er im Augenblick der Tat eine Bewusstseinsstörung gehabt. Er sei für seine Tat verantwortlich zu machen. Was das Strafmaß betreffe, so könne bei ihm von mildernden Umständen keine Rede sein, denn die Tat zeuge von außergewöhnlicher Brutalität und habe schwere Folgen gehabt. Besonders schwer sei es August Schmeizer anzurechnen, daß er keine Spur von Reue zeige, kein Wort des Bedauerns geäußert habe. Was den Vater betreffe, so sei der Ankläger ebenso schuldig, unter Umständen schuldiger als der Täter, und so liege der Fall hier. Der Vater habe das Wesen seines Sohnes gekannt, er habe ihn zu einer Tat angestiftet, er sei also der eigentliche Schuldige und verdiene deshalb eine höhere Strafe. — Der Oberstaatsanwalt stellte dann den oben wiedererzählten Strafantrag und beantragte dann gleichzeitig auch den Haftbefehl gegen Paul Schmeizer (Vater).

Hierauf ergriff als erster Vertreter der Nebenkläger Dr. Fritz Juliusberger (Berlin) das Wort.

R.-A. Dr. Juliusberger ergänzte das Plädoyer des Oberstaatsanwalts, wobei er darauf hinwies, daß es nur ein Zufall sei, daß die Schüsse August Schmeizers nur zwei Menschenleben gefordert hätten. Es hätten ebenso gut 20 sein können. Der alte Schmeizer habe den ersten Akt des Dramas eingeleitet mit den Worten: „Los, Senen und Forken raus“, den zweiten mit dem Ruf: „haut die Hunde raus, schlägt sie tot.“ Nach der Schießerei seien dann beide traulich vereint und froh auf ihre Laten nach Hause gegangen. Die Einwendungen des Vaters, daß er vor seinem Sohn Angst gehabt habe, seien ungläubwürdig, denn er hätte ihn ja nur mit der Forke über den Arm haben brauchen, um ihn, dessen Gewehr nach den ersten beiden Schüssen ohnehin leer war, tatumfähig zu machen. Der Vater habe als Sekundant gehandelt und sei als Mittäter zu bestrafen. Der Anwalt schloß sich in der Frage des Strafmaßes dem Oberstaatsanwalt an.

R.-A. Bloch widersprach dann dem Haftantrag des Oberstaatsanwalts gegen den Angeklagten Paul Schmeizer, der, wie er erklärte, auf seine Freisprechung hoffe. Das Gericht lehnte nach längerer Beratung den Haftantrag ab.

Gegen 17 Uhr abends wurde dann die Verhandlung auf Sonntagabend früh 9½ Uhr vertagt.

Schulmeister — eine Beleidigung!

Wenn es sich um einen Schwarzweißproben handelt.

„Wer gegen eine schwarzweißrote Provokation vorgeht, wird bestraft.“ Dies ist in einem Satz der Geist eines Urteils, das das Schöffengericht Deutsch-Krone dieser Tage fällt.

Folgender Sachverhalt liegt dem Urteil nach seinen eigenen Ausführungen zugrunde: Am 31. August 1927 feierte die Zentralschule in Deutsch-Krone ihr Kinderfest. In dem Festzug fiel auf, daß an einer Stelle eine größere Anzahl von Kindern mit schwarzweißroten Fahnen gingen. Wegen dieser schwarzweißroten Demonstration kam es zu einem Wortwechsel im Restaurationsgarten zwischen dem Rektor Koeppling, dem Leiter der Schule, und dem sozialdemokratischen Provinziallandtagsvertreter Studt. Als jemand aus der Begleitung des Rektors dabei über die Unduldsamkeit in der Republik zeterierte, erwiderte Studt: „Die Schulmeister sollten in der Republik dankbar sein, daß sie so hoch gekommen sind.“ Auf Grund dieser Äußerung stellte Herr Rektor Koeppling Strafantrag gegen Studt und das Schöffengericht verurteilte diesen tatsächlich zu zwanzig Mark Geldstrafe wegen Beleidigung, die in dem Worte „Schulmeister“ erblickt wurde! Die Urteilsgründe lauten:

„In sich ist dem Angeklagten zuzugestehen, daß er das Tragen der schwarzweißroten Fahnen in dem Zug zur Sprache bringen konnte. Er konnte auch, wenn er glaubte, daß darin eine Unankbarkeit der Lehrer, die dies duldeten, gegenüber der Republik zum Ausdruck kam, sich darüber auslassen. Das Wort Schulmeister aber in diesem Zusammenhang zu gebrauchen, stand ihm nicht zu; denn er hat es nach Lage der Sache gebraucht, um dem Zeugen Koeppling eins auszuwaschen, mit anderen Worten, ihn in seiner Ehre zu kränken. An sich ist es zwar richtig, daß das Wort nicht immer einen beleidigenden Sinn zu haben braucht. Andererseits ist es aber auch nicht die amtliche Bezeichnung für einen Lehrer und wird häufig auch in herabsetzendem Sinne gebraucht. Im vorliegenden Falle, wo der Angeklagte einen Vorwurf erhob, wollte er dem Zeugen Koeppling nicht seine Achtung, sondern seine Nichtachtung ausdrücken.“

Jahrzehntelang hat das offizielle Preußen geschwärmt vom „Schulmeister, der die Schlacht von Königgrätz gewonnen habe“. Nun stellt dieses Ehrenwort auf einmal eine Beleidigung dar. Warum? Weil ein Sozialdemokrat sich erdreistet hat, einem Rektor, der unter Verletzung seiner Beamtenpflicht für den monarchischen Staat demonstrierte, Vorhaltungen zu machen. Schon aus der Art, wie das Urteil dem Angeklagten das Recht zu solchen Vorhaltungen nur rein subjektiv, nicht etwa objektiv zugestehen, drückt sich aus, wie wenig Verständnis das Gericht für die Situation hatte und wie es offenbar mit seinen gefühlsmäßigen Sympathien nicht auf Seiten des Mannes stand, der für die Republik eintrat, sondern auf Seiten des Rektors, der gegen die Republik demonstrierte.

Und noch etwas fällt uns ein: Vor einigen Jahren wurde im Preussischen Landtag der Fall eines schlesischen Rittergutsbesitzers berichtet, der einen Funktionär des Landarbeiterverbandes „Hege, Stankmacher, rausgeschmissenen Schweizer“ tituliert hatte, aber von drei Instanzen freigesprochen wurde, unter dem Hinweis auf die einem Rittergutsbesitzer zuzubilligende „herb-ländliche Ausdrucksweise“. Sagt aber ein sozialdemokratischer Arbeiter „Schulmeister“, so wird er verurteilt, weil er sich nicht der amtlichen Bezeichnung, sondern eines wirklich volkstümlichen Ausdrucks bedient hat. Es kommt eben immer darauf an, wie das Urteil so schön bemerkt, wenn „eins ausgewischt“ werden soll.

Was meint übrigens das Unterrichtsministerium zu dem Verhalten des Rektors Koeppling? Eine Beschwerde ist bis heute unbeantwortet geblieben.

Der Reichstag geht in Ferien.

Statberatung aufs nächste Jahr verschoben.

Der Reichstag wird nach einem Beschluß seines Ältestenausschusses mit dem heutigen Tage seine Plenarsitzungen beenden, um dann in die Weihnachtferien zu gehen. Er tritt erst wieder am 19. Januar zusammen.

Die Statberatung, die für Montag und Dienstag vorgesehen war, wird also erst im Januar stattfinden können. Eine Reihe von Ausschüssen jedoch wird bereits am 11. Januar die Arbeit aufnehmen, um die nächste Sitzungsperiode vorzubereiten.

Ein neuer Bericht Parker Gilberts.

Vorläufig nur ein Auszug der Regierung.

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat seinen dritten Jahresbericht der Reichsregierung übergeben. Der Bericht ist in englischer Sprache abgefaßt, umfaßt 230 Seiten und nimmt in acht Kapiteln zu den Transferproblemen, zur Anleihepolitik, zur Finanzpolitik der öffentlichen Körper, zur Anleihekontrolle und zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands Stellung. Wir werden über das Dokument erst dann berichten und Stellung nehmen — die Reichsregierung hat nur eine kurze Information gegeben —, wenn der Bericht im Wortlaut uns vorliegen wird.

In dem Schlußwort des Berichts hebt der Reparationsagent hervor, daß der Dawes-Plan ein Schutzsystem geschaffen habe, das in der Hauptsache dazu bestimmt gewesen sei, die deutsche Währung zu schützen, und zwar vor übertrieben großen Reparationszahlungen, ohne aber Deutschland einer Generalkontrolle zu unterwerfen.

Dies letztere habe aber zur Voraussetzung, daß Deutschland Klugheit in der Handhabung seiner geschäftlichen Angelegenheiten bewelse und nicht seinen Kredit durch übermäßige Ausgaben gefährde. Dies sei der eigentliche Inhalt seines letzten Schriftwechsels mit der Reichsregierung. Die deutsche Regierung habe sich hierzu feierlich verpflichtet, so daß die Basis für die weitere Erprobung des Dawes-Planes gegeben sei. Trotzdem die deutsche Regierung bereits einige Maßnahmen für die Durchführung der finanziellen Reform ergriffen habe, hänge

jedoch alles von den praktischen Ergebnissen dieser Maßnahmen ab, und es werde sich in Kürze zeigen, ob wirkliche Reformen zustandegebracht würden.

Gleichwohl sei es notwendig, auf die Schwäche einer Wirtschaft hinzuweisen, die künstlich geschützt werde. Die Existenz des Transferschutzes zum Beispiel habe die Tendenz, die deutschen öffentlichen Körperschaften vor den Folgen ihrer eigenen Handlungen zu bewahren. Wenn die Sachverständigen feinerzeit Deutschlands Verpflichtungen nicht endgültig festgelegt hätten, so müßte doch darauf hingewiesen werden, daß je mehr die Zeit fortschreite, es immer klarer würde, daß das Reparationsproblem nicht endgültig gelöst werde, bevor man nicht Deutschland der Schutzbestimmungen entbinde und Deutschland eine endgültige Aufgabe stelle.

Zur Linderung der Not der Erwerbslosen, der Sozial-, Klein- und Kriegrentner, beschloß der Reichstag auf sozialdemokratischen Antrag, einen Betrag von 40 000 Mark für besondere Notstände bereitzustellen. Die Reichsregierung soll ersucht werden, eine Erhöhung der Bezüge der hilfsbedürftigen Rentner zu bewilligen.

Wegen des Justizsturms auf das Seppelblatt „Reichspost“ hat das Schöffengericht einen Angeklagten freigesprochen, zwei andere wegen Hausfriedensbruch und Diebstahls zu acht Monaten schweren Arbeit, drei Monaten einfachen Arbeit verurteilt.

Zum Oberbürgermeister von Oppeln wurde der bisherige Vizepräsident beim Doppelner Polizeipräsidenten, Dr. Berger, ein Parteigenosse, gewählt.

Hindenburg als französisches Wahlplakat

Als Agitationsmittel gegen die Linke.

Die offiziöse „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ beschwert sich über ein seit einigen Tagen in Paris aufgetauchtes Wahlplakat, das sie folgendermaßen schildert: „Das Plakat zeigt im Vordergrund den Reichspräsidenten n. Hindenburg in Generalsuniform mit einer schwarzweißen Schärpe und hinter ihm eine groß und häßlich gezeichnete Germania im schwarzen Mantel, die darunter ein Schwert birgt. Den Hintergrund füllen drohend gerichtete Kanonen und Kampflinien. Die Unterschrift zu diesem karikaturhaft gezeichneten Plakat lautet: „Hindenburg, der Gott des Krieges, überwacht die Wahlen von 1928, wie Bethmann Hollweg diejenigen von Mai 1914 überwachte. (Gemeint sind damit die französischen Wahlen von 1928 und von 1914. Red. d. B.) Wenn ihr eine Mehrheit des Kartells und der Sozialisten wählt, so wird er die Räumung des linken Rheinufer und die inneren Oesterreichs fordern. Und das bedeutet neue Invasion und erneuten Krieg.“

Dieses Wahlplakat ist anonym, man weiß noch nicht genau, in wessen Auftrage es hergestellt wurde, aber es ist klar, daß es im Interesse der französischen Rechtsparteien verbreitet wird. Die offiziöse deutsche Korrespondenz protestiert gegen diese „karikaturhafte Verzerrung der uns ehrwürdigen Person des Reichspräsidenten und die Unterstellung friedensfeindlicher Absichten“. Sie hofft, daß man in Paris Mittel und Wege findet, eine dazwischenliegende und die beiderseitigen Bemühungen von Völkerverständigung abträgliche Agitation zu unterbinden.“

Es braucht nicht betont zu werden, daß wir gegen solche nationalpolitischen Hysterien, gleichviel, in welchem Lande sie zutage treten, entschieden Front machen. Wir beweisen allerdings, daß die französische Befehlshaber die Möglichkeit bietet, solche Plakate zu unterdrücken. Wir glauben übrigens, daß ein solches Verbot nur die umgekehrte Wirkung haben würde.

Daß Hindenburg im französischen Wahlkampf eine Rolle spielen würde, war vorauszu sehen. Er selber hat ja durch seine Tannenbergs-Rede und durch sein häufiges Auftreten in Generalsuniform dafür gesorgt, daß er für die französischen Nationalisten zu einem Propagandaausgangspunkt gegen die französische Linke wurde. Die offiziöse deutsche Korrespondenz hat sicherlich recht, wenn sie Hindenburg gegen die Unterstellung friedensfeindlicher Absichten in Schutz nimmt. Leider ist es unbefreitbar, daß die Kreise, die bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am aktivsten waren — Deutsch-nationale, Stahlhelm, Werwolf, Vereinigte Vaterländische Verbände usw. —, nicht gerade zu den friedliebenden Teilen des deutschen Volkes rechnen.

Schwarze Reichswehr als Ortschaft.

Mitteilungen im Gemeindefratz des Landtags.

Im Gemeindeforschungsausschuß des Landtags wurde am Freitag abend der Landgerichtsdirektor Siegert vernommen, unter dessen Vorsitz bekanntlich die Todesurteile gegen Schulz und Genossen vom Schwurgericht gefällt worden sind. Ein kommunistischer Antrag verlangte Aufklärung darüber, warum bei einem Punkt der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden ist. Landgerichtsdirektor Siegert betonte, daß die ganze Verhandlung gegen Schulz und Genossen sich in voller Öffentlichkeit abgepielt hat. Nur einmal, als die Verteidigung der Angeklagten die Begründung für einen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit nur in geheimer Sitzung geben zu können glaubte, sei gemäß der Strafprozessordnung für die Begründung die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden. Leber den Inhalt dieser geheimen Sitzung ließ sich der Ausschuß — zunächst gleichfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit — von dem Zeugen Bericht erhalten. Der Ausschuß beschloß aber alsdann, das Protokoll zu veröffentlichen und seinen Mitgliedern keine Vertraulichkeit wegen des Gehörten aufzuerlegen. Es kann daher folgendes mitgeteilt werden:

Von der Verteidigung der Angeklagten ist damals ein Plan, etwa aus dem Jahr 1923 stammend, als Beweismaterial vorgelegt worden, der gewisse Maßnahmen an der Ostgrenze bei der Gefahr eines polnischen Einfallens vorsah. Aus diesem Plan wollte die Verteidigung den Rückschluß ziehen, daß auch 1923 die Schwarze Reichswehr sich als legale Truppe hätte fühlen können. Auf den Vorhalt Siegerts jedoch, daß dies doch wirklich mit der Sache nichts zu tun habe, zog die Verteidigung ihren Beweis-antrag wieder zurück.

Der Zeuge Siegert befandete weiter auf Befragen, daß er nicht mehr im einzelnen angeben könne, was dieser von der Verteidigung in bezug genommene Plan enthalten habe, er wisse auch nicht, ob es sich um ein Original oder eine Abschrift gehandelt habe, da ja das Schriftstück zur tatsächlichen Verhandlung nicht gelangt ist. Damit war diese Angelegenheit erledigt.

Der Ausschuß wandte sich alsdann dem Falle Pannier zu. Hier hatte der kommunistische Abgeordnete Obuch noch eine Anzahl neuer Beweisanträge gestellt, die jedoch der Ausschuß auf Antrag des Berichterstatters als unwesentlich ablehnte.

Als dritter Punkt folgte die Besprechung des Berichtes in Sachen Grütze-Lehder, Wulle, Rude, Ahlemann. Hierzu machten der völkische Abg. Körner und der Kommunist Obuch längere Ausführungen, ohne jedoch neue Gesichtspunkte darzutun. Auf Vorschlag des Berichterstatters beschloß der Ausschuß, die Herren Wulle, Rude, Ahlemann und a. Leuten über die Punkte zu vernehmen, in denen der Bericht gegen sie Vorwürfe erhebt. Diese Vorwürfe gehen im wesentlichen dahin, daß den Genannten aus verschiedenen Briefen und mündlichen Äußerungen die Mordabsichten Grütze-Lehders gegen Minister Severing und gegen den tatsächlich ermordeten Dammer bekannt waren, daß sie aber nichts Ausreichendes gegen Grütze-Lehder unternommen, ja, ihm sogar Ausweise von steigender Bedeutung ausgestellt und ihn innerhalb der Völkischen Partei trotz seiner Jugend (Grütze-Lehder war erst 17 Jahre) zu wichtigen Posten befördert haben. Die Vernehmung der genannten Zeugen soll an einem stimmungsfreien Tag, noch vor Beginn der Plenarverhandlungen, erfolgen.

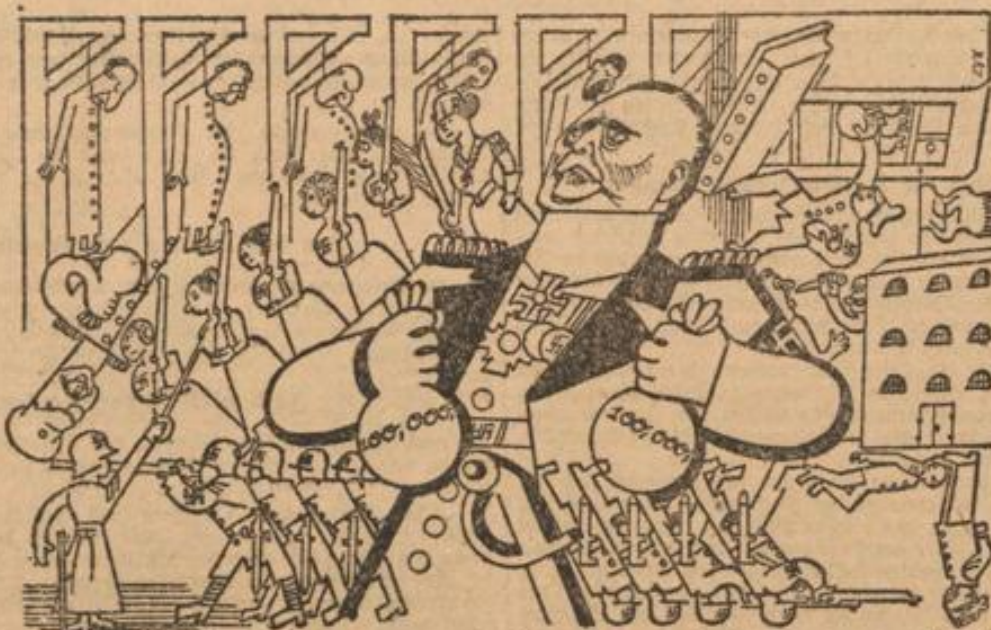
Bestechungsfonds des Herrn Maranne.

Die Kommunistenpresse leugnet — er aber gibt zu.

Paris, 16. Dezember. (Eigener Bericht.) Der kommunistische Bürgermeister Maranne erkennt in einer öffentlichen Erklärung die Echtheit der von den verlorenen und später photographierten Papieren an. Er bestätigt gleichzeitig, daß die kommunistische Partei alle Kundgebungen für die sogenannte

Wie sie es wollten!

Im bayerischen Untersuchungsausschuß wurden die Hitler-Ludendorffschen Diktaturpläne von 1923, insbesondere die von ihnen entworfene neue Reichsverfassung vorgelesen.



Wer zweifelt, daß Deutschland auf diesem Wege ein Ordnungsstaat geworden wäre!

Einheitsfront finanzierte. Damit liefert Maranne der kommunistischen Presse, die noch am Freitagmorgen die ganze Sache abzuleugnen versuchte, ein flagrantes Dementi.

Unter dem Titel „Eine Sonderart der Propaganda“ beschäftigt sich am Freitag auch das Pariser Gewerkschaftsorgan „Peuple“ mit dem Skandal der von den Kommunisten zur Sprengung der französischen sozialistischen Partei ausgezahlten Bestechungsgelder. Nach den Informationen, die es von dem Sekretär des Pariser Kreises erhalten hat, sind die vorgefundenen Dokumente authentisch, wenn sie auch einer gewissen Präzision ermangeln. — Die Führer der extremen Linken innerhalb der Sozialistischen Partei haben inzwischen erklärt, daß sie die Gruppe auflösen werden, sobald die parteiinterne Untersuchung eine „Subventionierung“ unzweifelhaft ergeben sollte.

Im übrigen melden die Freitagabendblätter weitere Einzelheiten über die Zuwendungen, die Moskauer seinen Anhängern in Frankreich macht. Für allgemeine Propaganda wurden bisher 46 000 Frank monatlich ausgezahlt, für den politischen Dienst 36 000 und als besondere Speisen 10 200 Frank. Im ganzen sind nach den vorgefundenen Aufzeichnungen von den Kommunisten für außerordentliche Propagandazwecke monatlich 172 000 Frank verwendet worden.

Kampf um das Gebetbuch.

Vom Oberhaus angenommen, vom Unterhaus verworfen.

Um das neue Gebetbuch der englischen Staatskirche, das eine Annäherung des anglikanischen an den römisch-katholischen Ritus bedeutete, ist ein heißer parlamentarischer Kampf mit unerwartetem Ausgang entbrannt. Die meisten Bischöfe mit den Erzbischöfen von Canterbury und von York an der Spitze hatten sich für die Annahme eingesetzt und sie mit Zweidrittelmehrheit im Oberhaus durchgesetzt. Die Annahme auch im Unterhaus galt demnach als gesichert. Indessen ergab die Abstimmung nach stundenlangem Kampf im Unterhaus die Ablehnung mit 33 Stimmen Mehrheit. Alle Parteien und im besonderen die Regierung waren gespalten. Baldwin, Chamberlain und andere Minister stimmten für die Annahme, Johnson Hicks gegen, Lloyd George und Sir John Simon.

Woldemaras und seine Gegner.

Regierungspresse und Oppositionsblätter über das Genfer Ergebnis.

Konno, 15. Dezember. (Ost-Express.) Nach wie vor stehen sich in der Regierungspresse und in den Blättern der Opposition zwei Meinungen hinsichtlich des Wilna-Problems gegenüber. Die Regierungspresse vertritt den Standpunkt, daß nicht der geringste Grund zu Befürchtungen wegen einer ungünstigen Lösung dieser Frage vorliege und daß die Opposition durch ihre pessimistische Auffassung die öffentliche Meinung irreführe und beunruhige. Die Wilnafrage sei durch die Genfer Entscheidung wieder aufgerollt, falls aber die bevorstehenden polnisch-litauischen Verhandlungen im Januar ergebnislos verlaufen sollten, so lasse die Entscheidung des Völkerbundes die Möglichkeit offen, ihm die Entscheidung in der Wilnaer Frage anzuvortrauen. (?) Nach Meinung des offiziellen „Litwa“ dürfe man annehmen, daß diese Entscheidung jetzt weit günstiger ausfallen würde als die der Bolschewikerkonferenz im Jahre 1923. Weiter weist der „Litwa“ auch darauf hin, daß Dr. Sirefmann und Litwinow sich in Genf für eine friedliche Lösung des Wilna-Problems ausgesprochen hätten, was nur so ausgelegt werden könnte, daß Litauen das Wilnagebiet erhält, denn eine andere Lösung wäre eben nicht friedlich. Die politische Schachpartie stehe also auf Sieg, zu dessen Erreichung nunmehr alle litauischen Patrioten dem Schachmeister Woldemaras ihren Beistand leihen müßten.

Die Oppositionspresse vertritt dagegen die Meinung, daß die Verhandlungen mit Polen wohl nichts weiter bringen würden als die Wiederaufnahme des Verfehles. Damit würde aber auch die Demarkationslinie fallen und sich in eine indirekt anerkannte Grenze verwandeln, woraus Polen für die Verteidigung seiner Ansprüche sehr nützliche Schlusfolgerungen ziehen könnte und werde.

Die Sozialdemokraten erwarten innenpolitische Rückwirkungen.

Konno, 16. Dezember. (ZU.) Nunmehr nimmt auch die Zeitung „Sozialdemokraten“, das gegenwärtig nur einmal wöchentlich erscheinende Organ der litauischen Sozialdemokraten, zu dem in Genf erzielten Ergebnis Stellung. Die Zeitung erklärt, schon im kommenden Jahr würde

Litauen gezwungen sein, sein Staatsleben vollständig umzustellen. Die Anknüpfung normaler Beziehungen mit Polen würde Litauen zwingen, seine Außenpolitik zu revidieren und auch seine wirtschaftliche Struktur umzubilden. Die Folgen dieser Umbildung würden auf das ganze nationale Leben von großem Einfluß sein, was wiederum innenpolitische Rückwirkungen nach sich ziehen werde.

Mit Ohrfeigen und Revolver...

Parlamentarische Argumente in Belgrad.

Belgrad, 16. Dezember.

Im jugoslawischen Parlament machte heute der Bandenführerpartei Vuitich den Vorschlag, die Einkommensteuer abzuschaffen. Daraus rief der Demokrat Schecarow dem Abgeordneten zu, ob es wahr sei, daß er mit einer Banke gegen ihn arbeite. Als Vuitich dies bestätigte, verfeigte ihm Schecarow eine Ohrfeige. Der Beschuldigte erwiderte diese Ohrfeige und griff zum Revolver. Durch das Dazwischentreten anderer Abgeordneter konnte noch ein Unglück verhindert werden. Die Sitzung wurde sofort geschlossen. Nach der Sitzung stellten Demokraten und Bandenführerpartei zur Prüfung des Zwischenfalls ein Gericht zusammen.

Hearsts infame Mexiko-Gehe.

Er hat sich von einem Spitzel beschwindeln lassen.

Washington, 16. Dezember.

Hier begann vor dem Sonderausschuß des Senats die Vernehmung Hearsts in der Angelegenheit der angeblichen Verluste Mexikos, amerikanische Senatoren zu bestechen. Hearst erklärte, er habe die fraglichen Dokumente durch einen Mittelsmann für insgesamt etwa 16 000 Dollar gekauft und sie vor der Veröffentlichung dem amerikanischen Geschäftsträger in Mexiko und Präsident Coolidge in dessen Sommerresidenz vorgelegt. Die Senatoren, die in den Dokumenten für eine Bestechung durch die mexikanische Regierung in Aussicht genommen sind, sind Borah, Heflin, Dainoff und Norris. Alle vier bestritten sofort, teils ent-rüßelt, teils lachend, jemals direkt oder indirekt mit der mexikanischen Regierung verhandelt zu haben. Die New Yorker Zeitung „Nation“ erklärt, daß Hearst einer plumpen Fälschung zum Opfer gefallen sei.

Der Redakteur der Hearst-Zeitung „New York American“ Cob-lenst sagte aus: Aus den Geheimnissen des mexikanischen Generalkonsulats in New York sind durch Vermittlung von Miguel Prieto, der während des Weltkrieges Geheimagent des amerikanischen Generalstabs war, Dokumente mit meinem (!) Einverständnis gestohlen worden. Doch amerikanische Senatoren von Mexiko Geld erhielten, wie behauptet wird, glaube ich nicht. Es handelt sich bei der ganzen Affäre offenbar um nichts weiter als den Versuch einiger mexikanischer Beamten, ihre eigene Regierung zu beschwindeln.

Der amerikanische Generalkonsul in Washington Elias, der nach Coblenst vernommen wurde, bestritt energisch jede Kenntnis der erwähnten Dokumente und erklärte sich im übrigen bereit, seine Bankkonten sowie seine gesamte telegraphische Korrespondenz überprüfen zu lassen.

Kommissarmord in Ägypten.

Ein Engländer das Opfer von Eingeborenen.

Kairo, 16. Dezember.

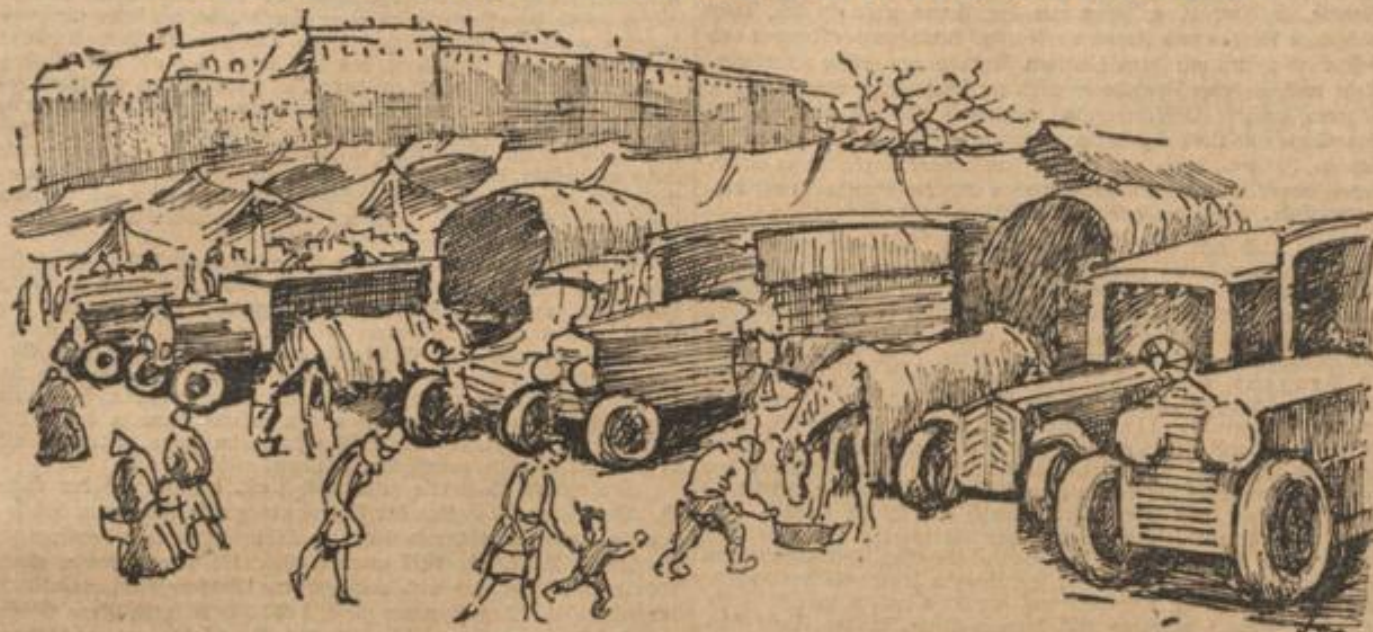
Der Bezirkskommissar der Provinz Bahri el Ghazal im Sudan, Hauptmann Fergusson, ist gleichzeitig mit einem griechischen Kaufmann von Eingeborenen ermordet worden, denen er jüngst gestohlenes Vieh weggenommen hatte, um es den Eigentümern zurückzustellen.

Neuer Konflikt Preußen-Reich.

Im Landtag hat der deutsch-nationale Abgeordnete Böcker dem Ministerpräsidenten Braun vorgeworfen, er sei ein Minister, der immer auf die Füße falle. Braun hat darauf geantwortet, ein Minister, der immer auf die Füße falle sei ihm lieber als ein Minister, der auf den Kopf gefallen ist.

Wie wir zuverlässig erfahren, wird die Reichsregierung nunmehr ein Schreiben an die preussische Regierung richten, um gegen diese Fortsetzung der persönlichen Angriffe auf Herrn v. Kaueck — denn nur dieser könnte gemeint sein — Ver-wahrung einzulegen.

Das Auto im Marktbetrieb.



Wer heute den Wagenpark auf den Wochenmärkten aufmerksam betrachtet, dem fällt die hohe Zahl der Autos auf, die allmählich die Pferdewerke zu verdrängen scheinen. Tatsächlich beträgt die Zahl der für den Marktbetrieb eingestellten Autos in Groß-Berlin 50 Proz. der gesamten Marktfuhrwerke. Die großen Vorteile des Autobetriebes liegen auf der Hand. Nicht nur, daß das geräumige Auto eine ganze Waggonladung aufnehmen kann, auch die Transportschnelligkeit, die besonders bei leichtverderblichen Waren von Wichtigkeit ist, stellt einen Faktor dar, der manchen Pferdewerksbesitzer zum rationalen Autobetrieb übergehen ließ. Ganz besonders erweist sich die Überlegenheit des Autos bei nassem Wetter oder Glätte. Wie häufig sind die Pferde bei Straßenglätte ge-

fährdet, wieviel Szenen spielen sich dann auf der Straße ab, die gerade dem Tierfreund aus Herz greifen. Ertrankt ein Pferd oder geht es gar ein, so erleidet der Besitzer einen empfindlichen materiellen Schaden. Nur das Auto ist allen Schwierigkeiten der Witterung gewachsen. Schnell und mühelos bringt es die Ware auf die Wochenmärkte und der einzige Nachteil, den man ihm nachsagen könnte, ist der, daß nicht alle Waren das heftige Schütteln und Rütteln des raschen Autobetriebes vertragen können. Leider ist Berlin mit seinen vier Millionen Einwohnern noch nicht auf den Marktgroßbetrieb eingerichtet. Zu oft muß die Marktware verladen und von den meist entfernt liegenden und veralteten Güterbahnhöfen herangeholt werden.

Strenger Frost in Sicht!

Bis zu -15 Grad. - Verkehrsunfälle infolge der Glätte.

Wie uns vom amtlichen Wetterdienst mitgeteilt wird, soll das gerade dem Verkehr der Großstadt besonders beeinträchtigende Schneewetter der beiden letzten Tage durch eine Aufbesserung bei allerdings stark sinkenden Temperaturen abgelöst werden. Es wird mit einem Fallen des Quecksilbers bis zu minus 15 Grad gerechnet. Schon der heutige Sonntag soll bei einer ziemlich schnell vor sich gehenden Aufbesserung schneefrei bleiben. In den Bergen herrscht sehr strenger Frost bis zu -20 Grad. Die Schneelage ist überall sehr gut, so daß sich für den Winter sport die denkbar besten Möglichkeiten bieten.

Die glatten Bürgersteige und Fahrdämme haben in den letzten Nachmittagsstunden wieder - schon am Vormittag wurden etwa zwanzig Verletzte gezählt - wahre Massenstürze verursacht. Ueber drackige Personen, die infolge des Glätteis hinfielen und Knochenbrüche und ähnliche Verletzungen erlitten, mühten in den Rettungsdiensten der verschiedenen Stadtteile behandelt werden. Während ein großer Teil der Verunglückten nach Anlegung von Rotverbinden in ihre Wohnungen entlassen werden konnten, mußten zehn Personen, meist Frauen, mit schweren Verletzungen in Krankenhäuser gebracht werden. Ein besonders schwerer Zusammenstoß ereignete sich in der Budapeststraße. Der Führer eines Privatautos verlor auf dem vereisten Fahrdamm die Gewalt über die Lenkung und drückte drei andere Fahrzeuge, eine Kleinfrostmaschine, ein Kraftrad und einen Radfahrer, gegen den Bürgersteig. Die beiden Führer und der Radfahrer erlitten erhebliche Kopfverletzungen und Rippen-

brüche. Auf der nächsten Rettungsstelle erhielten sie die erste Hilfe. Am Kottbusplatz wurde der 43jährige Bahnwärter Franz Hartwig aus der Wassertorstraße 10 von einem Autobus, der ins Schleudern geraten war, gegen einen Baum gedrückt. Er erlitt lebensgefährliche Verletzungen und mußte in das Urban-Krankenhaus gebracht werden. Erhöhte Verkehrsstörungen infolge Vereisung der Straßenbahnweichen gab es in der Kleist- und Rietzelstraße. Von 13,45 Uhr bis um 18,10 Uhr, wo der Schaden endlich behoben werden konnte, war der Verkehr in Richtung Zentrum und nach dem Westen zeitweise völlig lahmgelegt.

Der Polizeipräsident weist erneut darauf hin, daß nach § 1 der Polizeiverordnung über Straßenreinigung vom 4. März 1925 die Straßenreineiger in Groß-Berlin verpflichtet sind, von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr die Bürgersteige frei von Schnee und Eis zu halten und von morgens 7 Uhr bis abends 9 Uhr mit Asche oder anderen abkumpfenden Stoffen darauf zu bestreuen, doch der Entziehung gefährdender Glätte vollständig vorzugehen wird. Gegen sämtliche Streupflichtige soll mit allem Nachdruck eingeschritten werden.

Berliner Postverkehr in den Feiertagen.

Am 18. Dezember (Sonntag) sowie an den beiden Weihnachtstagen und am Neujahrstag sind die Postämter wie sonst an Sonntagen offen, jedoch können am 18. bei sämtlichen Paketannahmestellen von 12 bis 18 Uhr Pakete jeder Art ausgeliefert werden. Bei den Bahnhofspostämtern R. 4, B. 9, S. 11, D. 17, S. 24 und R. 40 sowie beim Paketamt S. 77 (Ludowikstraße 4/5) werden am 18. Pakete jeder Art ununterbrochen wie wertsagen angenommen. Eine besondere Einlieferungsgebühr wird

nicht erhoben. Am 23. können von 8 bis 13 Uhr bei allen Paketannahmestellen Pakete abgeholt werden. Am 18. und 23. Dezember werden - auch nach Landorten - Pakete zugestellt, am 26. Dezember indessen nicht. Am 2. Weihnachtstagsfeierlage ruht auch die Zustellung der Briefsendungen und Zeitungen, die an den oben genannten Sonn- und Feiertagen nach den gewöhnlichen Vorschriften für den Sonntagsdienst abgetragen werden. Am 24. - Heiligabend - schließen alle Postannahmestellen um 16 Uhr; Telegramme und Ferngespräche werden dagegen wie sonst angenommen. Die Briefkästen werden an diesem Tag im wesentlichen unverändert geleert, die abendliche Briefzustellung fällt aus.

Des Lebens überdrüssig. Selbstmordversuche dreier Jugendlichen.

Wegen Mittellosigkeit und unglücklicher Liebe verachtete sich gestern morgen gegen 10 Uhr der 19jährige Arbeiter Willi K. in seiner Wohnung in der Wallstraße mit Benzolgas zu vergiften. Er wurde von seiner Mutter aufgefunden, die sofort die Feuerwehr alarmierte. Die angestellten Wiederbelebungsvorversuche hatten schließlich Erfolg. Da K. einen neuen Selbstmordversuch unternehmen wollte, wurde er in Schutzhaft genommen. Die Eltern wurden benachrichtigt. Am Freitag mittig wurde der 17 Jahre alte Dreher Emil P. in seiner elterlichen Wohnung in der Kottbusstraße in Oberschöne weide von seinem Vater bewußlos im Bett aufgefunden. Emil P. hatte den Gashebel geöffnet und versucht, sich durch Gas zu vergiften. Der Selbstmordversuch ist angeblich aus Liebeskummer unternommen worden. Die von der Feuerwehr angestellten Wiederbelebungsvorversuche waren von Erfolg. P. konnte in der Wohnung verbleiben. Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern am Jirkus Busch ab. Ein fünfzehnjähriger Schüler erklomm plötzlich das Geländer der Böschung und stürzte sich kopfüber in die Spree. Der Junge, dem sein Vorhaben in dem eifigen Wasser wider sein Willen, hielt sich, laut um Hilfe rufend, durch Schwimmen über Wasser und konnte von Polizeibeamten gerettet werden. Der halberstarrte jugendliche Selbstmörder wurde zur nächsten Rettungsstelle übergeführt, von wo er in die elterliche Wohnung gebracht wurde. Wie der Junge bei seiner Vernehmung angab, war ihm von einem unbekanntem Täter das Fahrrad gestohlen worden, so daß er aus Verzweiflung darüber ins Wasser sprang.

Allgemeine Impfung gegen Diphtherie?

Wie eine Berliner Korrespondenz wissen will, wird angesichts der zahlreichen Diphtherieerkrankungen bei Kindern Berliner Schulen im preussischen Volksbildungsministerium erwogen, eine allgemeine Vorbeugungsimpfung in den Schulen durchzuführen. Es werden zuerst die Hauptgesundheitsämter der Stadt Berlin täglich 700 bis 1000 Abstrichproben zur Prüfung auf Diphtherie zugefandt, von denen zeitweilig 10 Proz. positive Resultate ergeben.

Eine peinliche Sache.

Man schreibt uns: In der Königgräber Straße wohnt der „Hofdelikatessenhändler“ Junker, der seine Schweinschinken, Döhlenbrüste und Tüfter Käse mit schwarzweißen Fähnchen verzieren. Ehre, wenn Ehre gebührt. Neben Käse sein monarchistisches Wappen. Nun also passierte dem hiesigen „nationalen“ Mann ein wirkliches Unheil, dessen Resultat ein starker Schaden bei allen vorübergehenden Passanten ist. In seinen Auslagen hat Junker drei Gipsfiguren aufgestellt, ganz augenweckend karitativ, die die Verlorenheit verkörpern in einem überaus realistischen Dichte zeigen. Die drei Schulalter - anders lassen sie sich gar nicht bezeichnen - hat nun der wackere Hofdelikatessenhändler über und über mit schwarzweißen Bändchen verziert. Der vorübergehende „Patriot“ lacht vor Jorn und der Republikaner amüsiert sich. - Herr Junker sollte so fortfahren! -

Schau für Schlittschuhläufer. Das Rettungsamte der Stadt Berlin hat mit dem Provinzialverein Berlin vom Roten Kreuz (Berlin-Charlottenburg, Rajnstraße 23, Fernsprechanschluß Bismarck 596) und dem Arbeiter-Samariterbund (Berlin R. 4, Schräderstraße 9, Fernsprechanschluß Norden 3340) vereinbart, daß diese beiden Organisationen ausgebildete Samariter für Eisbahnen gegen Erstattung der Auslagen stellen.

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

„Sag mir, Glib. . . Verstehst du das? Ich gehe durch die Stadt und glähe die Fenster wie dumme an Was geht mit mir vor? . . . Ich schau, bis mir der Kopf schmerzt, bis die Zähne knirschen - und verstehe gar nichts. . . Ich verstehe gar nichts mehr. . .“

„Geh in die Frauengruppe. Ueberlasse es nur den wirklichen Dummköpfen und Tölpeln, da hineinzufliegen.“ Er nahm sie unter den Arm und führte sie die Straße entlang. Und Polja sah sich erschrocken um, sah die Türen und Fenster der Geschäfte, und ihre Augen zitterten wie Tröpfchen im Winde.

„Heute geh ich nicht in die Frauengruppe. Dort - ist Datscha. Deine Frau - ist eine ganz seltene Frau: sie wird es weit bringen, du wirst sehen. . . Uebrigens, was kann man von anderen sagen - wenn man über sich selber nichts weiß. . . Gestern - war ich so - heute - bin ich anders.“ „Schäm dich, Genossin, Leiterin der Frauengruppe, schäm dich doch, dich selber in eine solche Bank hineinzuwagen! Dreinschlagen muß man und nicht weinen und auf einem Fuße herumhüpfen. Stell dich nicht krank und nimm keine Krücke: es wird schon alles eintrocknen und wie Kruste herunterfallen, wie bei einem Hund.“

Er sprach grob, drückte aber zärtlich ihren Arm. „Was geht in mir vor, Glib. . . Vielleicht bist du imstande, dich in diesem Wirrwarr auszufinden? . . . Ich bin wie betäubt. . . Ich fühle, wie der Boden unter mir schwankt. Ich war an den Fronten, habe furchtbare Schrecken gesehen. . . Zweimal habe ich das Gefühl des unmittelbaren Todes durchlebt. War aktive Teilnehmerin in den Moskauer Kämpfen. Und jetzt. . . jetzt erlebe ich so Furchtbares, wie ich noch nie erlebt habe. Als ob eine niedertrüchtige Menschenmasse mich verhöhnt und ich mich schämen muß, weil ich mich nicht verteidigen kann. Ist das alles notwendig? Ist das unvermeidlich? Ist dies das notwendige Resultat unserer Leiden und Opfer? Ist es wirklich so, Glib? Bist du vielleicht auch so ganz verwirrt wie ich, Glib? Sage es aufrichtig. . . Vielleicht tust du nur so mutig - aus Gewohnheit?“

Sie kamen zum Sowjethaus. Polja blieb stehen und

konnte sich von Glib nicht losreißen. Und man sah, daß es ihr schwer fiel, allein zu bleiben, und auch schwer war, unter Menschen zu sein. Glib war erregt. Was erregte ihn mehr: Poljas Worte, die ihn aufwühlten, oder daß sie ihn lockte und reizte, sie, die durch Datscha, über Datscha hinweg zu ihm kam.

Das Werk in Konzeption geben. Glib erschrak damals vor dem neuen, Unheil verkündenden Wort. Niemand wußte, wer dieses Wort in den Wind geworfen hatte, und er konnte schon damals nicht klug daraus werden. Es ging ein unterirdisch-stammelndes Gerücht, das sich aber bald in Rebel ausflüßte. Und nun sprang die Straße aus vollem Halse, mit ihren Auslagen, mit der geschäftigen Masse der Spekulanten und Händler. Das ist etwas anderes. Die Befestigungen sind geborsten und aus den Spalten strömt stinkendes Spüßlich und aus den finsternen Bunteln und Rippen kriecht Gewürm heraus. Dieser neue Teufelspuk war nicht mit einem Schlag zu nehmen: man muß in ihm herumbohren, eine unempfindliche Nase gehört dazu und eine große Zähigkeit.

Polja. Da ist sie. Neben ihm, und in ihren Worten ist so viel herzliche Freundschaft. Sie braucht jetzt so notwendig seine Kraft. Und er fühlte eine große Unruhe in ihr, aber er war nicht instand, sich weich und vorläufig ihrer Seele zu nähern: vielleicht verstand er es nicht, oder vielleicht war es nicht gewohnt. Er wollte ihr so gerne ein liebes Wort sagen: sie gleichsam mit dem Mantel gegen die Kälte schützen und in leisem Flüstern sein Herz wie eine Welle in ihres hineinströmen lassen. Das fühlte er, aber er war nicht imstande, seine rauhe Hülle zu durchbrechen.

„Ich werde nicht in die Frauengruppe gehen. Komm zu mir heraus und bleib ein wenig bei mir. Wenn du bei mir bist, dann wird es mir nicht so schwer sein. Du kannst bald weggehen - nur daß ich jetzt nicht das Gefühl habe, allein zu sein. Vielleicht wirst du mir ein Wort sagen, das mich erheitert, und ich werde dann alles mit anderen Augen sehen.“

Und sie drängte ihn zu der spiegelnden Mastüre in den Eingang hinein.

Und bis zu ihrem Zimmer, auf der Marmorstiege, im engen Gang, ließ sie seine Hand nicht aus ihrer und wiederholte immer dasselbe - schwieg und wiederholte, schwieg - und wiederholte es immer wieder: „Ruh es so sein? . . . Ja, muß es denn so sein?“

In ihrem Zimmerchen ist es hell und leer. Ein eisernes Bett, auf dem Bett eine graue Decke, ein weißes Kissen.

Ueber dem Bett Lenin. Vor dem Fenster ein Tischchen, darauf ein Haufen Bücher und Papiere. Und nur eines empfand Glib, das Zimmer duftete nach Polja. Wenn er nicht gewußt hätte, daß sie dort wohne - er hätte es nach dem Duft gefühlt.

Sie warf ihre Aktentasche auf den Tisch, setzte sich nicht, sondern lehnte sich an die Wand neben dem Tisch. Auch Glib setzte sich nicht und ging im Zimmer auf und ab. blieb vor der Türe an der linken Wand stehen.

„Wer wohnt dort hinter der Tür?“

„Das ist Sergejs Zimmer.“

Er klopfte mit der Faust an die Tür. Innen im Leeren seufzte ein Echo auf. Er ging zu der Tür an der rechten Wand.

„Und dort?“

„Ich habe Angst vor dieser Tür. Dort wohnt der Vorsitzende des Exekutivkomitees. Ich liebe ihn nicht: er hat so etwas Schweres in sich und immer scheint es mir, die Tür wird sich öffnen und es wird etwas geschehen. . . Ich weiß nicht, was. . . vielleicht etwas Graßliches.“

„Er ist ein Schürzenjäger, dieser Vorsitzende des Exekutivkomitees.“

„Warum? Woher weißt du das?“

Polja lachte, aber ein Lachen, das nicht aus dem Herzen kam, die Augen sahen nach innen und sie lauschte ihrem eigenen Schmerze.

„Er ist ein Schürzenjäger. Ich werde sicher mit ihm noch einen Zusammenstoß haben.“

„Was bist du noch für ein Slave Glib! Auch in uns mühten wir endlich einmal Revolution machen. In uns selber mühte ein schonungsloser Bürgerkrieg ausgekämpft werden. Es gibt nichts Feisteres, nichts Zäheres als unsere Gewohnheiten, unsere Gefühle und Vorurteile. In dir tobt die Eiferjucht - ich weiß es. Das ist ärger als Despotismus. Das ist eine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, - die nur mit Menschenfresserei zu vergleichen ist. Höör, Glib, Datscha wirst du auf diese Weise nicht näher kommen - wirst geschlagen werden.“

„Bin auch so geschlagen, beim Teufel.“

„Aun gut, geschieht dir recht! Verdienst nichts anderes.“

„Du hast schon recht: es ist irgend ein Häkchen in der Liebe. Diese Ruh muß man gut aufzubehalten verstehen.“

Und Polja sah wieder unruhig und verlegen um sich. Sie grub die Hände in ihre Poaten, verzog ihr Gesicht, als ob sie Kopfschmerzen hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Der verschürte Photograph.

Ein seltsamer „Raubüberfall“ im photographischen Atelier.

In meiner langjährigen Praxis als Staatsanwalt ist mir ein deraartiger Raubüberfall noch nicht vorgekommen, wenn er auch in glaubwürdiger Weise erzählt wurde,“ meinte der Staatsanwalt, als er seinen Straf Antrag gegen den Arbeiter Franz Rademacher stellte, der vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen Raubes, Diebstahls, unbefugten Waffenbesitzes und Führung falschen Namens angeklagt war.

Sehr sonderbar klang allerdings die Geschichte, die der angeblich Verurteilte erzählte und nach der der Raub recht gemächlich bei Cognat und Zigaretten seinen Anfang genommen hätte. Der Angeklagte, eine etwas zweifelhafte Gestalt, und der Photograph B. waren, wie dieser als Zeuge schilderte, eines Tages am Bahnhof Zoo miteinander beknagelt worden, und Rademacher hatte sich dann bereit erklärt, den Photographen in seine Wohnung zu begleiten. Oben im Atelier saßen beide gemütlich an den Tisch, rauchten Zigaretten und lernten eine unterwegs gekaufte kleine Flasche Cognat. Plötzlich soll nun Rademacher eine Pistole aus der Tasche gezogen und sie mit den Worten: „Jetzt wollen wir mal Deutsch miteinander sprechen“, auf B. gerichtet haben. Dieses Deutsch bestand nach der Schilderung des B. darin, daß der Angeklagte ihn zwang, sämtliche Schlüssel aus seinen Taschen auf den Tisch zu legen. Diese Schlüssel nahm hierauf Rademacher an sich, öffnete damit alle Schränke, nahm Sachen heraus und packte sie in einen vorgefundnen Koffer, ohne zu bemerken, daß B. verstanden hatte, den Hauptschlüssel in seinen Strumpf zu packieren. Nach der Revision der Schränke kam B. selbst an die Reihe, der unter Drohung mit der Pistole seinen Anzug ausziehen mußte, der gleichfalls in den Koffer wanderte. Schließlich mußte sich B. halbnaakt auf die Chaiselongue legen, wo er mit der Schnur eines Schlafanzuges an Händen und Füßen gefesselt wurde und einen Knebel aus einem zerlumpten halben Hosenbein des Schlafanzuges vor den Mund gelegt bekam. Als dem Angeklagten nach ein Knäuel Bindfaden in die Hände fiel, wickelte er sie zehn- bis zwölffach um den Photographen und verschürte ihn wie ein Paket, ohne daß dieser Geschrei erhob. Unter den Worten: „Damit du nicht frierst!“ packte der Angeklagte noch ein paar Teppiche auf ihn und wollte hierauf mit dem Koffer das Haus verlassen. Da er es ohne den Hauptschlüssel nicht tun konnte, begab er sich auf den Boden, wo ihn kurz darauf das Ueberfallkommando festnahm. Der Gefesselte hatte sich nämlich inzwischen von der Chaiselongue herabgewälzt, hatte, infolge der lockeren Fesselung instände zu gehen, rief dann einen Knebel vorgeschoben und dann vom Balkon aus seinen Nachbar um Hilfe gerufen, der seinerseits das Ueberfallkommando alarmierte. Diesem gegenüber zeigte sich der Angeklagte einen solchen Namen bei und erzählte etwas von einer Forderung an den Photographen, die er hätte haben wollen. Vor Gericht wollte der Angeklagte gestern überhaupt nichts von der Geschichte wissen. Dem Staatsanwalt erschien auch, namentlich als auf Antrag des Verteidigers ein von Hysterie sprechendes Gutachten über den Geisteszustand des Zeugen verlesen worden war, und der Zeuge trotz des Knobels noch hätte sprechen können, der Raub keineswegs ernsthaft gemeint.

Das Gericht entschied sich nach den Worten des Vorstehenden bei den widersprechenden Aussagen und den ganzen Umständen für keine der beiden Versionen. Es verurteilte den Angeklagten wegen schweren Diebstahls und der übrigen Vergehen zu 3 Monaten und 3 Wochen Gefängnis und 3 Tagen Haft, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Seitdem das Geschlecht in Kraft getreten ist, sind mehr als zwei Monate vergangen — eine zu kurze Frist, um über seine Auswirkungen ein nur einigermaßen abschließendes Urteil zu fällen; trotzdem liegen bereits jetzt einige nicht uninteressante Ergebnisse vor. Davon konnte man sich aus den Vorträgen des Medizinalrats Dr. Gellert und Frau Dr. Mayer auf der Bezirksversammlung der freien und öffentlichen Wohlfahrt im Schöneberger Rathaus überzeugen. Dr. Gellert äußerte sich über die Auswirkungen des Geschlechtes pessimistisch. Der Besuch der öffentlichen Beratungsstellen durch die Prostituierten werde immer seltener. Zuführungen kämen fast überhaupt nicht vor. Da das Gesundheitsamt keine Handhabe besäße, die Prostituierten zum Aufsuchen der Beratungsstelle zu zwingen, so sei es unmöglich, eine Kontrolle über ihren Gesundheitszustand auszuüben. Von den 169 eingeschriebenen Prostituierten, die vom Gesundheitsamt am 1. Oktober übernommen wurden, seien nur 103 der Aufforderung, Gesundheitskarte zu bringen, nachgekommen. Im ganzen werde eine laufende Beobachtung allein in 15 Proz. der Fälle ausgeübt.

Frau Dr. Mayer erklärte dagegen, der Vordredner habe zu Unrecht behauptet, daß das Geschlecht keine Handhabe biete, um die Prostituierten zu zwingen, sich periodisch einer Untersuchung zu unterziehen. Laut den Ausführungsbestimmungen sei die Polizei als Hilfsorgan des Gesundheitsamtes zu betrachten; mit ihrer Hilfe können nicht nur Beobachtungen auf Plätzen, Straßen und in Lokalen, sondern auch Zwangsuntersuchungen vorgenommen werden. Das Gesundheitsamt übe aber hier nicht das Recht aus, daß ihr laut Gesetz zustehe. Andererseits sei es klar, daß neben der medizinischen Tätigkeit des Gesundheitsamtes auch die fürsorgliche den Mädchen gegenüber zu ihren Köchen kommen müsse. Daher entfielen die Forderungen eines Hand-in-Hand-Arbeitens von Pflegeamt und Gesundheitsamt. Auch hier scheint das Gesundheitsamt an manchen Stellen noch nicht die erforderliche Einsicht zu besitzen.

Um den „Alex“ und Stettiner Bahnhof.

Berlin mit seinen 4 1/2 Millionen Einwohnern ist schon ein Staat im Staate, die engstehenden Gesellschaftsschichten leben hier zusammen und bilden in sich geschlossene Einheiten. Jede hat ihren Dichter, der ihr Lob singt, der ihren Aufbau aufdecken möchte. Hans Hyan schildert das Leben der Ausgeschlossenen und neben ihm steht Leo Heller der das selbe Thema behandelt, etwas ruhiger, etwas wichtiger als Hyan, aber von demselben sozialen Empfinden befeuert. Leo Heller in seinem neuen Buch „So steht es um Berlin“ die Welt um den „Alex“ und den Stettiner Bahnhof. In kurzen Skizzen entwirft das Porträt dieser Gegend und dieser Menschen, die eine Welt für sich bilden, deren Sprache und Gewohnheiten vollkommen aus dem Rahmen des Gewohnten herausfallen. Es ist die Reife von Romantik zu spüren. Hellers Liebe gehört den „Düften“. Ja, diese Menschen leben außerhalb der bekannten Gesellschaftsordnung, sie sind eine Gesellschaft für sich mit eigenen Gelehen. Aber mögen sie die bürgerlichen Gesetze durchbrechen, daraus ihren Lebensunterhalt gewinnen, sie sind innerlich vielleicht anständiger, gütiger und hilfsbereiter als die Bewohner westlicher Gegenden, sie sind Kavaliere mit ausgeprägtem Ehrgefühl, auch wenn sie in Kellern residieren, und was tut es schließlich, wenn ihre Ehrbegriffe anders sind als die der bürgerlich eingeordneten Menschen? Diese Dinge sind doch nur außerordentlich relativ. Heller unterstreicht nicht, will überhaupt keine Dichtung geben, er läßt die Tatsachen allein für sich sprechen. Zum Kontrast malt er dann die kleinen Bürger, die schon stolz auf ihre geleglich anerkannte Ehrenhaftigkeit sind. Auch sie behandelt er nicht mit satirischer Schärfe, doch ihr Benehmen ist derart, daß sie ungewollt wie die Opfer einer Satire wirken. Ergötzlich ist die Schilderung des dramatischen Vereines „Henri Wien“, der die „Gespensier“ in unverfälschtem Berliner Dialekt aufführt und die Geschichte der reich gewordenen Krämerfrau, die unbedingt ein Kleid von Paris tragen muß. Objektiv sind diese Welten einander gegenübergestellt, sie ergeben zusammengekommen noch kein Bild von Berlin, sondern nur einen Teilausschnitt aus dem Romantisch-gedächte der Stadt.

Die Augen des Berliners.

Jeder Vierte trägt eine Brille.

Immer höhere Anforderungen stellt der moderne Straßenverkehr an unser Auge. In diesem Gewirr sich zurechtzufinden, ist nur mit Hilfe wirklich schlichter Augen möglich. Unbewußt leistet das Auge hierbei eine Unmenge feinsten Präzisionsarbeit, es muß Fahrzeuge, Signale, Schilder u. a. schon aus der Ferne unterscheiden, rasch wechselnde Farben und Formen erkennen, Bewegungsrichtungen und Geschwindigkeiten mit ihren häufigen Änderungen richtig abtastieren. Mehr noch als vom Fußgänger wird ein schlichtes Auge von den Führern unserer Verkehrsmittel verlangt. Eine Forderung der Augenärzte und Optiker geht darum dahin, die vielfach ungeschickten Schrift-, Zeichen-, Licht- und Farbensignale einer Korrektur zu unterziehen, damit Unfälle vermieden werden und der schwere Dienst verantwortlicher Menschen erleichtert wird.

Aber auch den Straßenpassanten könnte man den guten Rat geben, sich einmal von Fachleuten „in“ die Augen sehen zu lassen. Manches Unglück auf der Straße hat seine Ursache nur in der Kleinigkeit, daß man die Brille mitzunehmen vergessen hat. Man braucht kein Gespenst an die Wand zu malen, wenn man — nicht aus Keckheitsgründen — diese Notwendigkeit betont. Die Wissenschaft hat 70 Prozent von Fehlsichtigkeit bei allen Großstadtbevölkern festgestellt, bei der Bundesbevölkerung sind es einige Prozent weniger. In den Berliner Schulen trägt man ganz besonders diesem Uebelstand Rechnung, jedes Kind wird auf die Augen untersucht und angelegte Augenärzte sorgen beratend für Besehung der Schade. Wenn man für Berlin eine Million Brillenträger rechnet — es ist festgestellt, daß jeder vierte Mensch eine Brille trägt — so zeigen die übrigen lebenden, daß das ehrenwerte Gewerbe der Optiker noch keinen Grund hat, wegen schlechten Geschäftsganges sich einzuschränken. Doch sei zur Beruhigung jener, die das angebliche Wortwerkzeuge noch nicht auf der Nase tragen, gesagt: Fehlsichtigkeit bedeutet durchaus kein krankes Auge, in der Regel sind die Augen dabei vollkommen gesund. Es sind nur kleine Schönheitsfehler im Bau dieser feinsten und präzisesten arbeitenden Kamera, des menschlichen Auges, die durch die Brille verbessert werden können.

Allgemein sieht jeder gewissenhafte Optiker seine Aufgabe darin,

durch genaue Augenuntersuchung die richtigen Gläser zu wählen und diese Gläser auch sachgemäß im Sehapparat anzuordnen. Man kann die Augenklappe mit einer Art Prothese vergleichen, was sie ja auch sind, die aber bei falschem Sitz mehr schmerzt und belastigt als hilft. Die ganz außerordentlichen Verbesserungen auf dem Gebiete des Brillenglases haben das Gewerbe zu einer Kunst erhoben, denn für jeden Mangel wird das richtige geschliffene und gestellte Glas beschafft. Von den früheren Brillen, das sind solche, die auf der Vorder- und Rückseite gleich geschliffen waren, ist man zu den punktuell abtastenden Gläsern übergegangen, mit denen ein richtig forgiertes fehsichtiges Auge in den Zustand eines normalen rechtsichtigen ver- setzt werden kann. Beim Kauf eines Augenglases ist es deshalb nicht mehr zu früher, daß man sich ein Glas aus einer Kollektion heransucht, wie einen Anzug von der Stange, mit dem frommen Wunsch: eines wird schon passen! Heute wird das Glas individuell angepaßt, gleichsam nach Maß.

Gleichwohl bestehen noch viele Auswüchse und falsche Praktiken beim Brillenbau wie bei den Händlern. Die Mode, sich durch die Brille interessant zu machen, hat noch keine guten Augen gemacht. Der Sport, wie er jetzt in Japan grassiert, wo sich schon die Kinder eine große Hornbrille ins Gesicht klammern, scheint auch bei uns Eingang zu finden. Es ist ein Verdeckungs-mittel innerlich noch un- fertiger Menschen, wenn sie, ohne es notwendig zu haben, sich hinter ihre fürchterlichen Brillen verstecken. Zu diesem Thema zählt auch der Snobismus, eine eingeklemmte Glascherbe im Auge zu tragen und es dem verflochtenen preussischen Leutnant gleich zu tun.

Die optische Industrie zeigt auch sonst, daß sie auf der Höhe ist. Wenn man die Zahlen der Ausfuhr vergleicht, sieht man, daß die deutsche Optik eine führende Rolle im Weltmarktverehr beansprucht. Im dritten Vierteljahr 1927 wurden allein 291 Doppelzentner gleich 150 000 M. ungefaltete und ungeschliffene Brillengläser ausgeführt, dergleichen 257 Doppelzentner gleich 1 082 000 M. geschliffene Gläser und 326 Doppelzentner gleich 9 029 000 M. gefaltete und geschliffene Gläser für Brillen, Lupen und Stereoskope. Diese recht ansehnlichen Zahlen beweisen zu unserem Trost, daß auch die übrige Welt fehsichtig ist, nicht nur auf dem Gebiete der Politik.

Gefährdete Kinder.

Nach den Ermittlungen der amtlichen preussischen Todesursachenstatistik für das Jahr 1925 belief sich die Zahl der durch Ueberfahren in Preußen getöteten Kinder bis zum 15. Lebensjahr auf 655 (473 Knaben und 182 Mädchen). Von diesen wurden mehr als die Hälfte, nämlich 357 oder fast 55 Proz., von Kraftwagen tödlich verletzt. 169 oder fast 26 Proz. wurden von langsam, durch Tierkraft bewegten Fuhrwerken, 44 oder fast 7 Proz. durch Straßenbahnen, 37 oder noch nicht 6 Proz. durch Eisenbahnen und 18 oder nicht ganz 3 Proz. durch Motor- oder sonstige Fahrräder überfahren und getötet. 30 Kinder oder noch nicht 5 Proz. der Gesamtzahl fielen Fahrzeugen anderer Art zum Opfer. Die besondere Gefährdung der Kinder durch Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr geht aus diesen Zahlen einwandfrei hervor. Für eine Großstadt wie Berlin steigert sich das Verhältnis sogar derart, daß hier im Jahre 1925 fast 75 Proz. aller durch Ueberfahren getöteten Kinder unter die Räder eines Kraftwagens geraten waren, während z. B. durch die Straßenbahn im gleichen Jahre nur vier Kinder, d. h. noch nicht 6 Proz., getötet wurden.

„Königlich“ — solange der Vorrat reicht.

Am Gebiet der ehemaligen „Königlich“ Sächsischen Staatseisenbahnen scheint die königliche Herrlichkeit immer noch nicht überwunden zu sein. Der Aufbruch „Königlich“ Sächs. Staatseisenbahnen“ jerte noch einen Zeitalter, der Ende November dieses Jahres auf eine von der Eisenbahnstation Karchau in Sachsen nach Berlin-Charlottenburg besonderte Rüte geklebt worden war. Niemand war auf den Gedanken gekommen, wenigstens den Aufsatz „Königlich“ zu durchstreichen. Kästelhaft ist, daß noch im zehnten Jahre der Republik die Vorräte dieser aus der Königszeit übernommenen Zeitalter nicht erschöpft sind. Welche Unmengen von Vorräten muß die „Königlich“ Sächsische Staatseisenbahnverwaltung vor dem Kriege aufgespeichert haben, wenn man bis jetzt nicht mit den Resten fertig zu werden vermochte. Sollen wirklich solche Reliquien der monarchischen Zeit uns immer wieder noch vor Augen kommen, solange der Vorrat reicht? Oder wird endlich bei der letzten unserer republikanischen Behörden die Einsicht sich durchsetzen, daß mit allen Mitteln dafür gesorgt werden muß, dem Skandal ein Ende zu machen?

Vom Lastkraftwagen totgefahren.

In Spandau an der Ecke Astaniering und Rühlstraße ereignete sich gestern gegen 19 Uhr ein tödlicher Verkehrsunfall. Ein etwa 50jähriger Radfahrer versuchte noch kurz vor einem heranannahenden Lastkraftwagen mit Anhängern die Straßenkreuzung zu überfahren. Er kam unglücklichster Weise zu Fall und geriet unter die Räder des schweren Fahrzeuges. Der Berührungslücke hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er bereits auf dem Wege ins Spandauer Krankenhaus starb. Die Personalisten des Loten konnten noch nicht festgestellt werden, doch handelt es sich offenbar um einen Spandauer Einwohner. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. Den Führer des Lastkraftwagens soll nach übereinstimmenden Zeugenaussagen keine Schuld an dem Unfall treffen.

Kauf rechtzeitig!

Nachdem der Polizeipräsident von einer besonderen Regelung des Lebenslaufes an den Werttagen vor Weihnachten, abgesehen hat und es daher bei dem gesetzlichen 7-Uhr-Abendschluss bleibt, möge das tausende Publikum bemüht sein, seine Einkäufe nicht bis auf die Abendstunden der letzten Tage zu verschieben, sondern seinen Bedarf rechtzeitig zu decken. Die vielen Angestellten werden in den letzten Wochen vor Weihnachten derart in Anspruch genommen, daß für sie das Fest kaum ein Freudenfest ist.

Vorbereitungen für den Weihnachtsverkehr.

Zur Bewältigung des vor Weihnachten einsehenden starken Reiseverkehrs hat die Reichsbahndirektion Berlin die nötigen Vorkehrungen getroffen. Die planmäßigen Züge werden verstärkt werden. Zu den D- und Personenzügen sind an den Hauptverkehrslagen Vorzüge vorgesehen, die nach Bedarf abfahren werden. Die Mitteleuropäischen Reisebüros Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße und Unter den Linden 57/58 sind von Montag, den 19. Dezember, bis einschließlich Freitag, den 23. Dezember, täglich von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Der Himmel im Reiche der Mitternachtsionne.

Das von der Stadt Berlin geschaffene Planetarium am Zoo erfreut die Freunde der Sternkunde mit einem neuen Vortrag, der uns an einer Reise nach dem Nordpol teilnehmen läßt. Nicht Meer und Land der Polargegend bekommen wir da zu sehen, sondern den Sternhimmel, der am Nordpol einen sehr viel anderen Anblick als in unseren Breiten bietet. Die allmähliche Veränderung des Sternhimmels während unserer Fahrt nach Norden, die am Nordpol eintretende Aufhebung aller Himmelsrichtungen und Tageszeiten, die Mitternachtsionne und die Polar-

nacht werden in dem Vortrag besprochen und in demesselnden Himmelsbild des mächtigen Kuppelraumes gezeigt. Der Vortrag wird an allen Tagen (mit Ausnahme des Mittwochs) täglich um 16.30 Uhr, 18 Uhr, 19.30 Uhr, 21 Uhr gehalten werden. An jedem Mittwoch werden bei halben Eintrittspreisen die Vorträge „Sternhimmel der Heimat“ und „Reise zum Äquator“ gehalten.

Erdbeben in Südwestdeutschland.

Der Herd wahrscheinlich auf der Schwäbischen Alb. Stuttgart, 16. Dezember. Heute mittag 11 Uhr 44 Minuten 45 Sekunden zeigte der Seismograph von Hohenheim den Einbruch eines Erdbebens an. Etwa sechs Sekunden später folgten nacheinander drei Ausschläge, die auf ziemlich heftige Erschütterungen am Bebenherd schließen lassen. Höchstwahrscheinlich befindet sich der Herd auf der Schwäbischen Alb. Die errechnete Herdaufwerfung beträgt etwa 55 Kilometer.

Wieder ein Konfektionseinbruch.

Einen ungewöhnlichen Weg nahmen Einbrecher, die es in der vergangenen Nacht auf ein Konfektionsgeschäft in der Blumenstraße abgesehen hatten. Sie gelangten mit Nachschlüssel in die Räume des Postamts 99 auf dem Grundstück 80/81, ließen hier alles unberührt, brachen aber durch eine Wand in die Lageräume des Konfektionsgeschäftes vor und stahlen hier für 15 000 M. Waren aller Art.

Ein Konsumenten-Schnitzwerk.

Der Polizeipräsident veröffentlicht eine Polizeiverordnung über den Verkehr mit Lebensmitteln, die am 1. Januar 1928 in Kraft tritt. Veranlassung zu ihrem Erlass gab die Verabschiedung des neuen Lebensmittelgesetzes vom 5. Juli 23. Die Verordnung befaßt sich mit der Beschaffenheit der Geschäftsräume, der Behandlung der Lebensmittel in den Geschäftsräumen auf Privatmärkten und im Straßenhandel. Sie enthält weiter Vorschriften über die Beförderung von Waren von der Produktions- zur Verkaufsstätte bzw. zum Konsumenten. Gegen eine Infizierung der Waren mit Krankheitskeimen durch die im Lebensmittelverkehr tätigen Personen ist — besonders durch das Verbot der Beschäftigung sogenannter Sozialträger — weitestgehende Vorkehrungen getroffen. Auch für das Publikum sind zweckdienliche Richtlinien aufgestellt.

Zwei neue Vorortzüge auf der Jostener Straße. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, werden auf der Strecke Berlin-Potsdamer Ringbahnhof-Jossen vom Montag, dem 19. Dezember, ab, an den Werttagen zwei neue Vorortzüge zwischen Rahlow und Potsdamer Ringbahnhof verkehren. Die Züge erhalten folgenden Fahrplan: Rahlow ab 5.30 und 5.47; Lichterode ab 5.55 und 5.52, Marienfelde 5.41 und 5.58, Mariendorf 5.46 und 6.03, Papestraße 5.52 und 6.09, Nordstraße 5.55 und 6.12 und Potsdamer Ringbahnhof an 5.59 und 6.15.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Doppelleser 15. Vortrag des Herrn Dr. R. Vrie: Seeliger oder Scharfpläter. Harmonium; Weihnachtlieder. Gäste willkommen.

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß in Wien. Am Freitag morgen ereignete sich in der Nähe des Justizpalastes in Wien ein folgenschwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge. Der Führer des einen Zuges konnte, offenbar infolge Verlagens der Bremse, den Zug nicht mehr zum Halten bringen und fuhr bei einer Kreuzung mit voller Geschwindigkeit in den Beiwagen eines anderen Straßenbahnzuges hinein, der vollkommen zertrümmert wurde. Der vollbesetzte Motowagen sprang aus den Schienen, vollführte eine Drehung und rollte über das Pflaster gegen den Justizpalast. Insgesamt wurden 13 Verletzte festgestellt.

Drei Kinder erstickt. In einem Dorf bei Ellenburg sind drei Kinder eines Gutsarbeiters bei einem Brand erstickt. Das vierte Kind, ein einjähriger Knabe, konnte mit Mühe wieder ins Leben zurückgerufen werden. Die Kinder waren ohne Aufsicht im Hause gelassen worden und hatten offenbar am Ofen gespielt, wobei ein Beiz in Brand geraten ist.

Die Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin veranstaltet in ihren beiden Verkaufsräumen Leipziger Str. 2 und Beguelstr. 1 am Stadtbahnhof Tiergarten eine Weihnachtsausstellung, deren Besuch jedem Liebhaber Berliner Porzellans empfohlen ist. Eine große Anzahl überraschend preiswerter Weihnachtsgaben, wie Tassen, Dolan, Schreibzeuge, Ufenbecher, Figuren, Tierplastiken und viele begehrenswerte Stücke für den Haushalt stehen in reichhaltiger Auswahl bereit.

Die durch ihre einzigartige Handmalerei berühmten Porzellane der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin sind als vornehm und dabei erckmalische Weihnachtsgaben besonders zu empfehlen. Beide Verkaufsräume sind auch am kommenden Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet.

Bodenpolitische Aufgaben der Großstadt.

Der preussische Städtebaugesetzentwurf, den das preussische Staatsministerium bereits vor einem Jahre dem Landtag vorgelegt hat, beschäftigt immer noch den Vorberatenden Ausschuss des Landtages. Niemand weiß zurzeit, was aus dieser hochwichtigen Vorlage werden wird.

Die Bodenbesitzfragen.

Schon in der Begründung des Entwurfs ist ausgeführt, daß der wichtigste Teil dieses Gesetzes, der sich auf Bodenbesitzfragen bezieht und der im besonderen das Recht der Umlegung und Einweisung von Grundstücken behandelt, vielleicht überhaupt nicht verabschiedet werden kann, wenn nicht zuvor durch ein Reichsrahmengesetz die Länder ermächtigt werden, derartige Bestimmungen in Landesgesetzen aufzunehmen. Aus verwandten Überlegungen hat darum u. a. der Bund deutscher Bodenreformer wiederholt und nachdrücklich gefordert, die Reichsregierung wolle nun endlich dem Reichstage das sogenannte „Bodenreformgesetz“ vortragen, ohne sich um die sonst notwendigen Reichs- und Landesgesetze zu kümmern. Denn es ist in Juristenkreisen durchaus strittig, ob jene sich vorbereitenden Gesetze ein Reichsrahmengesetz sind, oder ob nicht vielmehr die Gemeinden und Gemeindeverbände schon auf der Grundlage aller Rechte bodenpolitische Maßnahmen der in Frage kommenden Art treffen dürfen. Die Praxis hat in einem Punkte von weittragender Bedeutung die Streitfrage jedenfalls schon in letzterem Sinne entschieden. Man möge sich daraufhin doch einmal die Bauordnung für die Stadt Berlin, vom 3. November, ansehen. Die Kapitel über die „bauliche Ausnutzung der Grundstücke“, „Gebäudeabstand“ und „Gebäudehöhe“ schaffen für den Bereich der neuen Großgemeinde Berlin zweifellos ein Stück neuen Bodenrechts. Während früher im allgemeinen nur Fluchtlinienbeschränkungen bestanden haben, gibt es nach dieser Bauordnung ganz bestimmte, einengende Vorschriften über die bauliche Ausnutzung für die Stadt Berlin, vom 3. November, an. Die Kapitel über die „bauliche Ausnutzung der Grundstücke“, „Gebäudeabstand“ und „Gebäudehöhe“ schaffen für den Bereich der neuen Großgemeinde Berlin zweifellos ein Stück neuen Bodenrechts. Während früher im allgemeinen nur Fluchtlinienbeschränkungen bestanden haben, gibt es nach dieser Bauordnung ganz bestimmte, einengende Vorschriften über die bauliche Ausnutzung für die Stadt Berlin, vom 3. November, an. Die Kapitel über die „bauliche Ausnutzung der Grundstücke“, „Gebäudeabstand“ und „Gebäudehöhe“ schaffen für den Bereich der neuen Großgemeinde Berlin zweifellos ein Stück neuen Bodenrechts. Während früher im allgemeinen nur Fluchtlinienbeschränkungen bestanden haben, gibt es nach dieser Bauordnung ganz bestimmte, einengende Vorschriften über die bauliche Ausnutzung für die Stadt Berlin, vom 3. November, an.

Abgrenzung von Kleingartenland.

Es gibt sogar „geschützte Gebiete“ (im Sinne des Natur- und Denkmalschutzes), die überhaupt nicht bebaut werden dürfen. Neuerdings will man noch einen Schritt weitergehen. Dem unerbittlichen Drängen großer Massen von hausgärtnerlosen Familien der Stadt, die zurzeit Inhaber von Kleingärten auf Gelände sind, das sich großenteils in der Gefahr befindet, der Bebauung mit Wohn- oder anderen Gebäuden zum Opfer zu fallen, hat der Magistrat nachgegeben. Er hat sich jetzt bereit erklärt, Gebiete abzugrenzen, die dauernd dem Zwecke der Kleingartenbenutzung dienen sollen. Mitte September d. J. berichteten alle Tageszeitungen über einen derartigen Plan. Danach sollen durch Ortsplanung rund 42 Hektar Privatland und rund 519 Hektar städtisches Land als Heimstätten für Kleingärten ausgewiesen werden, während 1477,9 Hektar städtisches Gelände für

Dauerkleingärten (mit langfristigen Pachtverträgen) vorgesehen sind. Sobald der Plan Wirklichkeit wird, ergibt sich eine weitere „Entwertung“ der in Betracht kommenden Bodenflächen, die noch größer ist als diejenige solcher Flächen, die zur Bauklasse I gehören. Sie werden ja einer neuen Bauklasse 0 (Kult) zugeteilt. Da die Gemeinde selbst das meiste Land von ihrem Eigenbesitz hergibt, trägt diese auch die nominell größten Verluste. Der Magistrat hat öffentlich mitgeteilt, die 1477,9 Hektar seines Bodeneigentums ständen gegenwärtig nur 21 737 200 Mark zu Buche. Da nun der früher schon mitangelegte, zu Unrecht vorausberechnete Baulandwert in Wegfall kommt (wenigstens für die Zeit, in der die Flächen ausschließlich der Kleingartenbenutzung dienen, — und das kann für die meisten Flächen dieselbe Zeit sein, wie unsere öffentlichen Grünflächenanlagen als solche erhalten werden, also „für alle Zeit“, bleibt nichts anderes übrig, als an dessen Stelle den Nutzungswert des Kleingartenlandes zu setzen. Dieser gründet sich auf die Reinertragsmöglichkeit bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung. Und wie hoch ist diese? Die zuständige Abteilung der städtischen Verwaltung hat einen Pachtpreis von 1,6 bis 2,8 Pfennig je Quadratmeter als angemessen festgelegt. Im Durchschnitt sind das rund 2 Pfennig; diesen Betrag kapitalisiert ergibt den neuen Wert der Kleingartengrundstücke. Nimmt man an, daß jene 2 Pfennige eine fünfprozentige Rente darstellen, dann hat jedes Quadratmeter einen Verkaufswert von 40 Pfennigen, und die 1477,9 Hektar haben dann nur noch einen Gesamtwert von 5 911 600 Mark. Die städtische Grundstücksverwaltung war demnach falsch beraten, als sie jenen Grundbesitz nach — bodenspekulativen Gesichtspunkten bewertete. Falsch gerechnet hat aber auch der Staatsfiskus, wenn er seine 519 Hektar nach demselben Grundbesitz bewertet hat. Und die Privateigentümer sehen mit Schrecken, wie ihnen die erhofften Spekulationsgewinne nun durch die Finger gleiten. Denn auch ihr für Kleingartenzwecke beanspruchtes Bauland hat als Kleingartenland nur einen Kaufwert von 40 Pfennig je Quadratmeter. Da dieses Land außerdem noch Reichsheimstättenrecht beansprucht wird, kann, wo nicht freiwillige Kaufverträge zustande kommen, in einem beschleunigten und vereinfachten Enteignungsverfahren das Land den Bewerbern zu diesem Preise zugesprochen werden. An und für sich ist der sich jetzt vollziehende Vorgang gar nichts anderes, als die Weiterbildung der Bauordnung von 1924. Man fügt der Bauklasse I (Einfamilienwohnhäuser mit Garten) noch eine Bauklasse 0 (Garten ohne Baulichkeiten) hinzu. Wenn die privaten Bodeneigentümer nun glauben, sie könnten gegen die Stadtverwaltung Schadensersatzansprüche mit Erfolg geltend machen, so dürften sie in einem Irrtum befangen sein. Denn unter gleichen Erwägungen könnten ja auch alle anderen Grundstückseigentümer, deren Grundbesitz durch die Bauordnung irgendwie eine Wertherhöhung erfahren hat, solche Ansprüche erheben. Bisher scheint noch keinem der letzteren ein solcher Gedanke gekommen zu sein. Es wäre das auch unlogisch und unsinnig. Denn solange Grund- und Boden nach bürgerlichem Recht noch als handelsbare Güter, bei der Händler als Spekulant die Verluste selbst zu tragen, wie er ja auch die Gewinne für sich allein beansprucht und einbeißt.

Wir sehen also an dem hier mitgeteilten Beispiel, wie sich das Bodenrecht unter dem Einfluß neu auftretender gemeindepolitischer Bedürfnisse allmählich ändert, ohne daß ihm bisher neue Landes- oder Reichsgesetze zu Hilfe gekommen sind. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß sich diese Gesetze erübrigten. Ganz im Gegenteil: Es ist bekannt, daß in weiten Kreisen die Auffassung verbreitet wird, die geschilderten bodenpolitischen Maßnahmen entbehren der Rechtsgrundlage. Es ist weiter bekannt, daß selbst in den Kreisen, die für diese Maßnahmen eintreten, sich Rechtskundige befinden, die in der Besorgnis leben, im Fall einer Schadensersatzklage könnten sich wirklich Richter finden, die dem bürgerlichen Begehren Folge geben. Aus dieser Besorgnis hat man ja auch nur die oben angegebene geringe Fläche von Privatland

als Kleingartenland vorläufig ins Auge gefaßt. Andere Stadtgemeinden haben sich an dieses Problem überhaupt noch nicht herangetraut. Man will erst mal abwarten, „wie der Hase läuft“. Außerdem handelt es sich hier nur um einen bestimmten Punkt des Bodenrechts, der in Bewegung gekommen ist und der mit Elementargewalt eine neue Lage erstrebt. Das Reichsrahmengesetz (Bodenreformgesetz) und die neuen Landesgesetze haben nach vielem andere neu und zeitgemäß zu regeln.

Dito Albrecht.

Berliner Jugendbühne.

Vor wenigen Tagen hat, wie wir berichteten, die Bezirksversammlung Friedrichshain 10 000 Mark zur Schaffung einer Jugendbühne bewilligt. Wenn auch diese Mittel keineswegs ausreichen, um, obwohl es erforderlich wäre, ein eigenes Gebäude zu errichten, so ist doch damit der erste Schritt auf diesem Wege getan.

Der Beizgedanke, der zur Errichtung dieser Jugendbühne führte, war der, daß unsere Jugend mehr und mehr geistig verflache und daß sie außerhalb des Sportes fast keinerlei anderen Interessen zugänglich sei. Besonders gefährlich wird diese Situation bei den Schulentslassenen, die dann völlig auf sich selbst angewiesen und dadurch allzu leicht unheilvollen Einflüssen ausgesetzt sind. Außerordentlich auffallend ist die große Scheu der Jugendlichen vor dem Buch, das umfangreicher ist als eine Broschüre, und selbst die interessantesten (nicht lehrreichsten) Bücher sind, wie einsinnig von den Bibliotheken berichtet wird, völlig ungenutzt. So will man also dazu übergehen, mit der Errichtung dieser Jugendbühne ein Instrument zu schaffen, das geeignet ist, das geistige Abgleiten unserer Jugend aufzuhalten. In der Tat auch ein außerordentlich geeignetes Mittel, durch das sich der Gestaltungs- und Nachahmungstrieb der Jugend, ihre Vorliebe für die Technik und, was vielleicht das Wichtigste ist, ihre Freude am eigenen Schaffen vereinigen ließe mit dem geistigen und stofflichen Gehalt des darzustellenden Stückes. Die Jugendbühne soll nämlich in vielerlei Hinsicht die eigene Produktivität der Jugendlichen fördern und die verschiedenen Befähigten im Dienste dieser einen Sache zusammenführen. Man hat zu diesem Zwecke in den oberen Räumen des Bezirksamtes Friedrichshain Werkstätten eingerichtet, in denen nun die jungen Tischler, Schlosser, Maler unter künstlerischer und fachmännischer Anleitung (nicht Leitung) zu Gestaltungen des Bühnenrahmens sich herangeben sollen.

Die Bühne selbst wird in dem Schulgebäude in der Dieckmannstraße errichtet werden. Da bedauerlicherweise keine anderen geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, wird die Aula dieser Schule einem großzügigen Umbau unterworfen werden. Man wird zu diesem Zwecke ein angrenzendes Klassenzimmer zum Bau dieser Bühne verwenden. Es wird eine einfache Stübcheneinrichtung, die allen Anforderungen dieser anspruchsvollen und leicht begeisterten Zuhörerschaft genügen wird. Der größte erlebterische Einfluß wird naturgemäß durch die eigene Darstellung ausgeübt werden. Denn die jugendlichen Schauspieler werden alle Ruhe daran setzen, ihre Rolle nicht nur rhetorisch zu beherrschen, sondern auch in den Geist des Stückes einzudringen. Obwohl es natürlich unbedingt notwendig ist, jeden schulpflichtigen Einfluß von der jungen Künstlerkraft fernzuhalten, um die Entwicklung des Eigenlebens nicht zu stören, ist doch für eine künstlerische Beratungsstelle Sorge zu tragen. Geeignete Kräfte der Berliner Volkshöhe, sowie die Leiter einiger Sprechbühnen haben sich bereitwillig zur Verfügung gestellt. Die Jugendbühne wird auch geeignete, technische Vorrichtungen für Filmvorführungen, die dort veranstaltet werden sollen, enthalten, um auf diesem Wege die Urteilsfähigkeit und Geschmacksbildung der jugendlichen Besucher zu fördern. An drei Abenden in der Woche wird die Bühne den Aufführungen der Schulen des Bezirkes vorbehalten sein, während an den übrigen Abenden die Jugendvereine Gelegenheit erhalten, kostenlos ihre Veranstaltungen abzuhalten.

Obwohl es nur ein bescheidener Anfang ist, bedeutet dies immerhin den Auftakt zu einer recht erhellenden und nennenswerten Einrichtung. Mit der Schaffung von Schmutz- und Schundgesetzen allein ist unserer Jugend keineswegs gedient. Nur positive Arbeit, wie sie hier aufgezeigt ist, kann die bisherigen Mißstände abstellen. Der Bezirk Friedrichshain hat den Weg gewiesen. Hoffen wir, daß die übrigen Bezirksämter diesem guten Beispiel folgen.

Jhr Mann

raucht

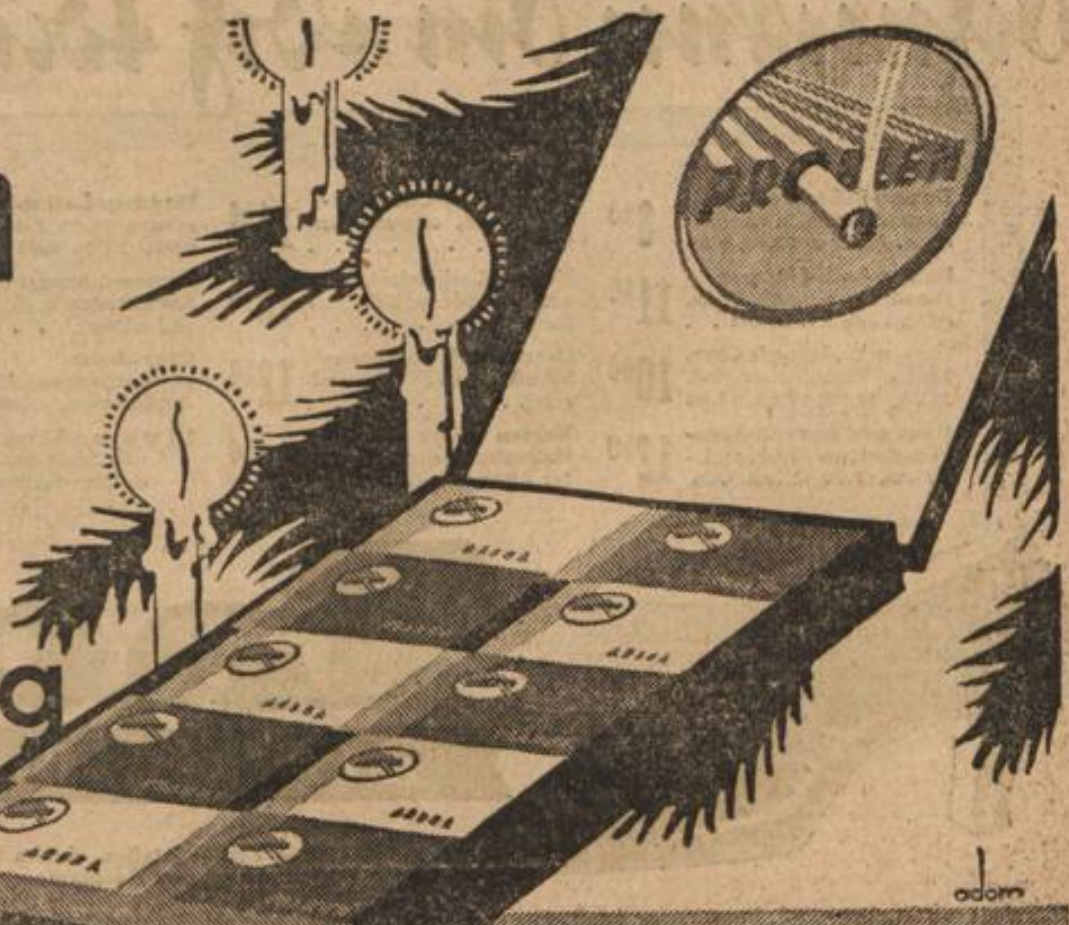
PROBLEM

Verlangen Sie die

Geschenkpäckung

(OHNE PREISAUFSCHLAG)

MOSLEM EXTRA 4-8 FLANKE 4-8 ARENA 5-8



Müll als Streumaterial.

Hausmüll ist durchaus kein hygienisch einwandfreies Material. Es kommt oft aus muffigen Wohnungen, aus Krankeinständen, aus Häusern, in denen Tuberkulose und andere ansteckende Krankheiten heimlich sind. Zudem läßt sich besonders in Berlin überall beobachten, daß bei Blätteln mit Hausmüll getreut wird. Dadurch werden alle Krankheitskeime, die im Stubenfecht sind, weiter ausgebreitet. Besonders wenn ein scharfer Wind über das auf den Bürgersteigen liegende Müll hinwegweht, wirbeln manchmal richtige Staubwolken auf. Bloßen, meistens aus den ältesten Lumpen hervorgehend, schweben in der Luft umher, der feine Staub wird an den Sohlen festgetreten, wandert wieder in die Wohnungen. So werden immer von neuem Krankheitsstoffe und Bakterien ausgebreitet. Es wäre dringend notwendig, eine Verordnung zu erlassen, wonach Hausmüll als Streumaterial nicht verwendet werden darf. Stattdessen möge Sand oder auch reine Kohlenstaube genommen werden.

Wünsche an unsere Verkehrsmittel.

Wir hat nicht schon einmal an einer Haltestelle auf die Straßenbahn gewartet und plötzlich erleben müssen, daß von einer anderen Haltestelle eine Bahn in gleicher Richtung vorbeikommt, ohne daß er sie wegen der Entfernung der Haltestellen voneinander rechtzeitig hätte erreichen können? Eins der trübseligsten Beispiele bilden die Linien 72 und 93, die beide die Ecke Lützowstraße-Potsdamer Straße passieren. Sie sind die einzigen öffentlichen Verkehrsmittel, die die Kanistraße in Charlottenburg, eine Hauptader im Groß-Berliner Straßennetz, herauffahren. Nun ist aber die Straßenbahnhaltestelle in der Potsdamer Straße minutenweit von der Lützowstraße entfernt. Wer aus der Stadt kommt und nach Charlottenburg umsteigen will, kann hier nur auf die 72 warten, die alle Viertelstunden verkehrt. Will er die Möglichkeit haben, mit beiden Bahnen zu fahren, so muß er etwa sieben Minuten bis zur gemeinsamen Haltestelle am Magdeburger Platz gehen. Dabei wäre das Problem sehr einfach zu lösen. Man brauchte nur beide Bahnen noch dem Muster, das für Autobusse in solchen Fällen gilt, unmittelbar nach der Straßenkreuzung halten zu lassen. Ferner sollte neben den Reklamewandern an der Außenwand aller Bahnen Platz sein für eine deutliche Kennzeichnung ihres Fahrweges — und auch an allen Haltestellen sollte ein Stadtplan angebracht sein. Wenn dann noch im Innern der Bahn allen Fahrgästen sichtbar die Nummer der Bahn angebracht wird, so daß ein Irrtum, der durch zu eiliges Einsteigen begangen wurde, rasch korrigiert werden kann, so wird die Straßenbahn des Dantes aller Fahrgäste gemißt sein. — Auch der Untergrundbahn sei an dieser Stelle ein Wunsch vorgetragen. Die meisten Zugangstreppen zu ihren Bahnhöfen sind schlecht beleuchtet, so daß sie für alte, schwachlichtige Leute nur schwer gangbar sind. Es wäre zweckmäßig, wenn neben guter Beleuchtung künftig jede Treppenstufe dunkel abgeleitet und damit klar markiert würde.

„Land in Sonne.“

Mit diesem Titel schließt der „Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands“ seinen ersten Werbefilm für die Schaffung von Dauerkleingärten auf die Propagandareise durch die deutschen Gauen. Man rechnete damit, einen reinen Propagandafilm zu sehen und ist erstarrt über diese lebendige Darstellung, die reichvoll die Kleingartenfrage einspinnt in eine Aufzeichnung des täglichen Lebens in der Großstadt. Es ist ein Film von dunklen Movern und kleinen, süßen Gärten. Ulrich Kayser, der für diesen Film verantwortlich zeichnet, führt in die Mietstufen der Großstadt, zeigt die Spielplätze der jungen Menschen: die Hinterhöfe. Ein Blick in die Proletarierwohnung veranschaulicht klar und überzeugend, daß der größte Teil der Großstadtmenschen jahraus, jahrein in dumpfen, lichtlosen Wohnungen hoch, nichts vom Frühling, nichts vom reisenden Sommer und nichts vom Zauber des Herbstes wissen. Ein Tag verläuft wie der andere. Morgens im Halbdruck geht's zur Arbeit, abends zurück in die ungemütliche Wohnung. Und Sonntags bleibt ein Ausflug auf überfüllten Eisenbahnen, der auch keine Erholung bringen kann. Wie anders der Sonntag auf der eigenen Scholle! Der Film zeigt ein Leben voller Freude im Kleingarten. Auf kleinen Rasenplätzen spielen die Kinder, in den Gärten buddeln Vater und Mutter. Von morgens bis den späten Abend wird der Tag im Freien, in der Sonne, verbracht. Wie lernen die kleinen Freuden des Kleingärtnerseins kennen, wie er mit Liebe seine Blumen hegt und pflegt, wie er in immer engerer Verbindung mit der Natur kommt, wie er das Wachstum seiner Obstbäume beobachtet. Und welche Freude, bei den Erntefesten der kleinen Gutsbesitzer dabei sein zu können. In den Erntefesten der Kleingärtner hat das alte Volkstest seine Wiederauf-erhebung gefunden. Der Film ist bestimmt, in den Kreisen, die sich noch immer nicht für Schaffung eines Dauerkleingartengeländes einsetzen, zu wirken. Die Forderung des „Reichsverbandes der Kleingärtnervereine“ ist die Auflockerung der Großstädte durch Kleingarten-Dauerkolonien. Leider zeigt der Film nicht, wie die Ver-

bindung der Kleingärtner mit den Kleingärten gebacht ist. Die Auflockerung der Großstädte ist ein wichtiges Problem, das seit Jahren nicht nur die Freunde der Kleingärten beschäftigt, sondern vor allem die Architekten, und diese wären sicher für Anregungen und praktische Lösungen dankbar gewesen.

Aus den Bezirken.

15. Bezirk — Treptow.

In ihrer letzten Sitzung genehmigte die Bezirksversammlung die Neueinrichtung eines Wochenmarktes in Altglienicke (Friedrichstraße). Der Wochenmarkt findet Dienstags und Freitags vormittags statt. Von einer Mittelung des Bezirksamts über die Errichtung von Wartehäusern für Straßenbahnfahrergäste wurde Kenntnis genommen. Eine Petition verschiedener Turnvereine bezüglich der Sportplätze in Baumfalkenweg wurde als erledigt betrachtet, da nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, die Sportvereine die Plätze insgesamt räumen müssen. Für dieses Gelände ist vielmehr nur eine Randbebauung vorgesehen, die aber erst bei der Ausführung des großen Wohnungsprojektes durch den Magistrat in Frage kommt. Eingehend beschäftigte sich die Versammlung mit einer Vorlage des Bezirksamts, die das Ergebnis der Verhandlungen über den Etat beim Stadtkämmerer zur Kenntnis gibt. Entgegen den Ausführungen des Treptower Finanzdezernenten wies unser Genosse Kempert in begründeter Weise auf die Zusammenhänge zwischen der Berliner Finanzwirtschaft und der Politik des Reichsbankpräsidenten Schacht und der Industrie hin. Er schilderte die verantwortungsvolle Kommunalpolitik, die die SPD. von jeher betrieben hat, und lehnte es ab, wie die Deutschnationalen und Kommunisten im Bezirksparlament Phrasenpolitik zu betreiben. Von unserem Genossen Neumann wurde schließlich noch ein Antrag begründet, der wünscht, daß sich der Rechnungsausschuss nochmals mit den dringlichsten Anforderungen im Voranschlag für 1928 beschäftigen möge. Der Antrag fand schließlich Annahme. Eine Anfrage unserer Fraktion wegen der unzulänglichen Vorbereitung zur Angelegenheitswahl wird durch den Genossen Stadtrat Bermuth beantwortet.

Eheberatung im Bezirk Treptow. Das von den Standesämtern vor Anordnung des Aufgebotes an Verlobte auszugebende Merkblatt, in welchem auf die Wichtigkeit einer ärztlichen Untersuchung, Beratung und den gegenseitigen Austausch von Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung hingewiesen wird, findet leider im Volke noch nicht die genügende Würdigung, obwohl es für Eheanbahnungen doch eigentlich nichts Wichtigeres geben sollte, als die Frage, ob sie selbst gesund sind und voraussichtlich gesunde Kinder erzeugen werden. Von dieser Frage hängt häufig das Glück der Ehe und des ganzen Lebens ab. Zur Erleichterung der Aufklärung in allen solchen Fragen hat das Bezirksgesundheitsamt Treptow in Niederschöneweide, Grünauer Straße 21, eine Eheberatungsstelle eingerichtet, in der für Frauen jeden Montag von 16—17 (4—5) Uhr, für Männer jeden Mittwoch von 15—16 (3—4) Uhr Sprechstunden abgehalten wird. Die Beratung geschieht unentgeltlich. Sie erstreckt sich auf alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, sowohl für Verheiratete wie für Verlobte. Auf Wunsch werden Heiratszeugnisse ausgestellt. Jedem Ratsuchenden ist strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Flughafen Tempelhof und Dauerkleingärten.

Aus Tempelhofer Kleingärtnerkreisen wird uns geschrieben: Die Bezirksverordnetenfraktion der SPD. hat in der Bezirksverordnetenversammlung vom 14. Dezember 1927 folgenden Dringlichkeitsantrag gestellt, der aber von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde: „Die beabsichtigte Vergrößerung des Tempelhofer Flughafens, welche die Beseitigung von 350 Kleingärten zur Folge hätte, ist mit Gesetzesbestimmungen, als welche Vorschriften und Ausführungsbestimmungen zum Luftverkehrsengesetz vom 1. August 1923 genannt wurden, begründet worden. Es hat sich herausgestellt, daß derartige gesetzliche Vorschriften gar nicht existieren. Die Bezirksversammlung ersucht deshalb das Bezirksamt, beim Magistrat die Annullierung der bisher getroffenen Beschlüsse zu beantragen.“ Die SPD-Fraktion hat sich bei Stellung dieses Antrages selbstverständlich nicht von Antipathien gegen den Flughafen oder das Flugwesen leiten lassen; sie steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß das Flugwesen in jeder Beziehung gefördert werden muß. Sie ist aber der Auffassung, daß es hierzu nicht erforderlich ist, die Kleingärtner von ihrer Scholle zu vertreiben, die sie erst vor kurzer Zeit durch den Magistrat erhalten haben. Das Gelände wurde dem Bezirksverband der Kleingärtnervereine Ende 1924 vom Magistrat zur Anlegung von Kleingärten verpachtet. Die Anlegung geschah nach einem vom Kleingartenamt Tempelhof aufgestellten Plan. Es

ist dadurch eine moderne Pufferanlage entstanden, zumal die Kleingärtner weder Mühe noch Kosten geteilt haben.

Es stellt sich nun heraus, daß der Flughafen schon seit mehr als drei Jahren seinen Platz nach Süden vergrößern will und dadurch etwa 350 Kleingärtner weichen müßten. Wenn die Notwendigkeit der Flughafenvergrößerung begründet wäre, müßte geprüft werden, weshalb man dann erst das Gelände an die Kleingärtner verpachtet und sie sich dort ansiedeln ließ. Wie schon in dem Antrag der SPD-Fraktion gesagt wurde, bestehen keine gesetzlichen Vorschriften, durch welche die Vergrößerung des Flughafens nach Süden verlangt werden kann. Der Flughafen ist im Jahre 1923 provisorisch konzediert worden, die endgültige KonzeSSION wurde im Jahre 1925 erteilt. In einem Rundschreiben des Ministers des Innern und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. April 1926 wurden alle Flughäfen namentlich aufgeführt, bei denen das Genehmigungsverfahren noch nicht endgültig durchgeführt worden ist. Der Flughafen Tempelhof war nicht darunter, er entspricht also nach Ansicht der beiden Ministerien im Jahre 1926 allen Anforderungen, die an einen Flughafen zu stellen sind. Und wenn nun behauptet wird, daß der Polizeipräsident zur Vermeidung der KonzeSSIONSziehung die Vergrößerung fordert und sich dabei auf eine Anordnung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 12. August 1925 stützt, so ergibt sich aus der Beachtung und Bergleichung der vorstehend genannten Daten, daß die ministerielle Anordnung vom 12. August 1925 unmöglich auf den Tempelhofer Flughafen anzuwenden ist.

Es ist anzunehmen, daß die letztgenannte ministerielle Anordnung überhaupt verfaßt und überholt ist durch die von dem Handels- und Verkehrs- und Innenministerium am 5. Juni 1926 herausgegebene Polizeiverordnung über den Betrieb und den Verkehr in Flughäfen oder Verkehrslandeplätzen. In dieser neuesten Polizeiverordnung ist nichts mehr gesagt von einer Rolllänge von 1000 x 1000 Metern, und es ist dem Schreiber dieser Zeilen bekannt, daß neuerdings Flughäfen mit einer geringeren als 1000 Metern Rolllänge konzediert worden sind. Nach dieser Polizeiverordnung haben die Flugzeuge gegen den Wind zu starten und zu landen, das heißt hauptsächlich von Osten nach Westen. Wenn aber ein Starten und Landen nach Süden ausnahmsweise einmal notwendig ist, so ist auch auf dem Tempelhofer Flughafen hierzu Gelegenheit. Im Osten des Flughafens ist eine freie Bahn von etwa 200 Metern Länge und 300—350 Metern Breite in der Nord-Südrichtung vorhanden. Es bedarf deshalb nicht erst der Vergrößerung von 350 Kleingärten, wenn aus flugtechnischen Gründen eine Rolllänge von 1000 Metern Länge in der Nord-Südrichtung gefordert wird.

Das neue Volksbad Lichtenberg.

Die Zahl der Berliner Volksbäder wird demnächst um das neue, nach modernsten Grundsätzen errichtete Bad im Osten der Reichshauptstadt vermehrt werden. Der Neubau des Lichtenberger Volksbades auf dem Gelände zwischen Hubertus- und Hypodienstraße in der Nähe des Bahnhofes Lichtenberg-Friedrichsfelde, unmittelbar an der Frankfurter Allee, geht in diesen Tagen seiner Vollendung entgegen und wird im Laufe des Januar eröffnet werden. Das neue Bad wird hinsichtlich seiner Größe nur von dem neuen Spandauer Bad übertroffen werden. Es enthält zwei Schwimmhallen, von denen die Damenschwimmhalle 20 Meter lang und 10 Meter breit ist. Die Hallen sind ebenso wie alle anderen Räume in modernen architektonischen Formen gehalten und bieten ein außerordentlich freundliches Bild. Außer den Schwimmhallen sind 78 Wannenbäder und 48 Brausebäder vorhanden. Besonders erwähnenswert ist die Einrichtung einer medizinischen Abteilung, in der alle Arten medizinischer Bäder abgegeben werden, und ein Sonnenbad, das auf dem Dach untergebracht ist und 26 Stellen aufweist.

Eine würdige Parteiliefer hatte die 31. Abteilung am 14. Dezember in der Schulaula Schönhafer Str. 7 zu Ehren von 35 Mitglieder, die 23 Jahre und länger der Partei angehören, veranstaltet. Genosse Dr. Adolf Brauer zog in seiner Rede einen Vergleich zwischen den Verhältnissen in der Vorkriegszeit und in der Gegenwart, vom Sozialistengesetz bis zum Frauenwahlrecht, und zeigte an dem Wandel der Dinge, daß es durchaus perkehr ist, wenn von den Kommunisten behauptet wird, es sei der Arbeiterkampf noch niemals so schlecht ergangen wie heute. Statt dieser Verzweiflungspolitik, arbeitet die SPD. unermüdet an der weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterschaft. Die Jungen müssen sich die Ueberzeugungstreue und Beharrlichkeit der alten Genossen zum Vorbild nehmen.

Der Männergesangsverein Prenzlauer Berg, der Opernsänger Arno Schellenberg, die Pianistin Grete von Jleris, sowie der Genosse Heinz Barthel als Rezitator bestritten den unterhaltenden Teil der schönen Feier.

Zuletzt. Sein 25-jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma Heine u. Monters (Stahlherstellung) feiert der jetzt dort als Werkmeister tätige Genosse Paul Großkopf. — Genosse Franz Ruets konnte am 5. Dezember auf eine 30-jährige Gängertätigkeit zurückblicken. Er gehört noch heute dem Männergesangsverein „Kammler“ (M. A. 1923) an.

Bestimmen Sie sich vor Tisch!

- | | | | | | |
|--|-------|---|-------|--|-------|
| Damen-Silberbrokal-Spangenschuh in verschiedenst. Ausführ. 10.90, 9.50 | 8.90 | Herren-Roh-Chevreau-Halbschuh, elegante Ausführung | 11.50 | Mädchen-Lackspangenschuhe 34/35 7.40, 31/33 6.90, 29/30 6.40 27/28 | 5.90 |
| Damen-Lack-Spangenschuh, elegante Form, echter Louis XV.-Absatz | 11.90 | Herren-Lack-Schnürschuh, moderne halbspitze Form | 10.00 | Damen-Schneestiefel mit Samttragen in grau, mode und schwarz | 12.90 |
| Dam. gris u. champ. la Chvr. Spang.-Schuh, neuest. Mod. 21.50, 19.50, 17.50, 12.90 | 10.00 | Herren-Roh-Chevreau-Schnürstiefel, Rahmenarbeit | 12.50 | Cosyschuhe in verschiedenen hübschen Ausführungen 3.90, 2.95 | 2.45 |
| Dam. echt Boxkalf-Spangenschuh, pa. Qual., m. L. XV.-Ab. 12.90, m. Trot.-Abs. | 12.50 | Herren prima Rindbox-Halbschuh, strapazierfähiger Strassenschuh | 14.50 | Liwers-Strümpfe zum Schuh und Kleid passend, in allen Farben vorrätig | |



150 eigene Verkaufsstellen, davon in Groß-Berlin und Potsdam:

- | | | | | | | |
|--|--------------------------|------------------------|----------------------|-------------------------|--------------------------|-----------------------------------|
| W, Potsdamer Straße 50 (an der Kurfürstenstr.) | C, Rosenthaler Straße 14 | NW, Beusselstraße 29 | N, Brunnenstraße 37 | O, Frankfurter Allee 22 | SW, Friedrichstr. 240/41 | Potsdam, Brandenburger Str. 54 |
| C, Spittelmarkt 14 | NW, Turnstraße 41 | N, Friedrichstraße 130 | N, Danziger Straße 1 | SO, Oranienstraße 2a | Neukölln, Bergstr. 12 | Charl., Wilmersdorfer Str. 122/23 |
| | NW, Wilsnacker Str. 22 | N, Müllerstraße 3 | O, Andreasstraße 50 | SO, Wrangelstraße 49 | Ecke Steinmetzstr. | Friedenau, Rheinstraße 6/7 |

Kleine Vorlagen im Reichstag.

Mieterschutz / Kraftfahrzeugsteuer / Neue Zollmaßnahmen für die Autoindustrie

Der Reichstag behandelte in seiner gestrigen Plenarsitzung zunächst einen von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurf zur Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes bis zum 15. Februar 1928.

Abg. Höllein (Komm.) wendet sich gegen die Absichten, den Mieterschutz abzubauen.

Abg. Ullrich (Soz.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß durch die Vorlage der Regierung ohne zwingenden Grund eine neue Forderung des Mieterschutzes erfolgen soll. Die Sozialdemokratie behält sich vor, bei der zweiten Beratung der Vorlage die Gründe darzulegen, die für eine Aufrechterhaltung der bisherigen Mieterschutzgesetzgebung auf längere Dauer sprechen.

Die Vorlage wird darauf in allen drei Lesungen verabschiedet. Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes.

Abg. Pfeiffer (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach die Steuer für Kraftfahrzeuge für 200 Kilogramm Eigengewicht 40 M. betragen soll. Der Redner weist an einer Reihe von Beispielen nach, in welcher Weise die Belastungskosten in den einzelnen Gemeinden durch den Verkehr der Kraftfahrzeuge gestiegen sind, und daß es deshalb berechtigt ist, diese in angemessener Weise zu ihrer Bedung heranzuziehen. Auf den Landstraßen verkehren jetzt ganze Züge von Kraftfahrzeugen, die zum Teil Eisenbahnen haben und die Straßenbede aufreißen. Es ist weder vom sozialen, noch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus berechtigt, den leistungsschwachen Gemeinden und Kommunalverbänden die Kosten dafür aufzuerlegen, die Besitzer der Kraftfahrzeuge müßten dafür aufkommen (vehementer Beifall bei den Soz.).

Abg. Mollath (Wirtsch. P.) wirft gegen den sozialdemokratischen Antrag und fordert eine wesentliche Herabsetzung der Steuerhöhe und des Vänderzuschlags für das erste Jahr.

Ein Regierungsvortrag teilt mit, daß Anträge auf Genehmigung von Auslandsanleihen zum Zwecke der Wegverbesserung der Beratungsstelle vorgelegt sind.

Unter Ablehnung der Abänderungsanträge wird die Vorlage der Ausschussfassung angenommen nebst dem Antrag der Regierungsparteien, das Gesetz bis zum 21. April 1931 zu befristen.

Die Vereinbarung mit Dänemark über Zoll-erleichterungen für genießbare Eingeweide wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Dr. Thomßen (Dmal.) fordert dazu von der Regierung, bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen weitere Zoll-erleichterungen dieser Art nicht mehr zuzugestehen.

Es folgt zweite Beratung des Gesetzes über Zollveränderungen für Automobilbestandteile.

Sozialdemokratie gegen Sonderzölle auf Autoteile.

Abg. Wilsch (Soz.) verweist auf die Seltsamkeiten, die bei dieser Vorlage in Erscheinung getreten sind. Die Regierung

hat in einer Auskunft an die amerikanische Botschaft einen anderen Standpunkt vertreten, als einige Monate später in dem Verbot. Solange solche Auskünfte der Reichsregierung bestehen, ist es unmöglich, eine solche Gesetzesvorlage zu verabschieden. Es ist zu befürchten, daß durch diese Zoll-erhöhungen die Beiside von der Automobilindustrie genommen wird, die sie zwingt, sich endlich den Konkurrenzverhältnissen auf dem Weltmarkt anzupassen. Es ist klar, daß die 33 Automobilfabriken in Deutschland für ihre geringe tägliche Produktion nicht konkurrenzfähig gegenüber der amerikanischen Serienfabrikation sind. Bis heute ist aber noch nicht der nötige Zusammenschluß erfolgt, um Erprobungs-

SOZIALISTISCHE ARBEITERJUGEND GROSS-BERLIN

Auf unserer Weihnachtsausstellung

bis Freitag, den 23. Dezember 1927, im Jugendheim, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, II. Hof 3 Treppen, besorgt jeder seine Weihnachtseinkäufe Aluminium- und Wanderartikel. / Schönegeistige und wissenschaftliche Literatur. / Bilderbücher und Spiele. Modernes Antiquariat. / Musikinstrumente zu den niedrigsten Preisen Geöffnet: Werktags 16-20 Uhr, Sonntags 10-20 Uhr

muß jeder gewesen sein

liches im Kampf mit der Konkurrenz des Auslandes zu leisten. Wir sind deshalb der Auffassung, daß das Gesetz abzulehnen ist, zumal auch der angebl. Zweck, die Besserung der Arbeitsgelegenheit doch nicht erreicht würde.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. P.) sucht demgegenüber nachzuweisen, daß der größere Zollschutz auch den Arbeitern zugute kommen werde.

Abg. Freiherr v. Rüdiger (Dem.) stimmt der Vorlage trotz Bedenken im einzelnen im Interesse der deutschen Automobilindustrie zu.

Abg. Hörns (Komm.) lehnt den Gesetzentwurf ab.

Die Vorlage wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz über Ausfuhr von Kunstwerken wird nach kurzen Ausführungen des Abg. Schneider (D.) bis zum 31. Dezember 1929 verlängert.

Um 17 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht das Kriegsschadenschlußgesetz, die Lohnsteuernovelle, Bericht des Untersuchungsausschusses über die Zahlungen an die Ruhrindustriellen.

Ein kommunistischer Antrag, die Interpellationen zum Kampf in der Schwermetallindustrie auf die Tagesordnung zu legen, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, nachdem auf eine Anfrage des Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt wird, daß eine Neufassung der Regierung dazu noch nicht vorliegt.

Die Etatdebatte im Landtag.

„Die SPD. ist staatszerstörend geworden.“

In der weiteren Debatte über den preussischen Haushalt, deren Anfang in der gestrigen Abendausgabe erschien, erhielt als nächster Redner das Wort:

Abg. Falk (Dem.): Die Vorwürfe des Herrn von Richter gegen den preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Ashoff sind ungerichtet. Hat vielleicht Herr von Richter als Finanzminister immer Ueberschüsse erzielt? Die Volkspartei spielt in Preußen die Rolle des betrübten Lohgerbers, dem die kommunistischen Felle weggeschwommen sind. Nachdem die Kommunisten nicht mehr kommen mit der rechten Obstruktion machen, ist die Rechte in Preußen zur politischen Ohnmacht verurteilt. Im Blaggenkreit stehen wir rückhaltlos hinter der preussischen Regierung. Die Sozialdemokratie hat sich 1918 die größten Verdienste um die Rettung des zusammengebrochenen Vaterlandes erworben. Schon deshalb lassen wir uns nicht in einen Bürgerkrieg gegen die Arbeiter hineinziehen. Von der Notwendigkeit der wahren Reichseinheit sind heute alle Politiker und Wirtschaftler überzeugt. Deutschland muß leben, auch wenn Preußen sterben muß. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Cadendorff (Wirtsch. P.): Dem Finanzminister persönlich vertragen wir unsere Anerkennung nicht. Aber die Finanzlage Preußens ist katastrophal und die der anderen deutschen Länder noch viel schlimmer. Das ganze Aufkommen der Steuern frisst der ungeheuer aufgeblähte Beamtenapparat. Ohne eine gründliche prinzipielle Umkehr gibt es keine Rettung für den Staat.

Abg. Wulle (Deutschöstr. Freiheitsp.): Das nächste Jahr wird uns nach den Andeutungen Parker Gilberts Wirtschaftskrisis und Finanzkatastrophen bringen. Wir sind grundsätzliche Gegner des Einheitsstaates.

Abg. Bartels-Kreisch (Linker Kommunist): Der neue Etat ist ein reaktionäres Gebilde. Neben den Sozialdemokraten nähren jetzt die Kommunisten wirtschaftsdemokratische Illusionen und verraten damit die Arbeiterschaft. In Mecklenburg haben die Kommunisten sogar das Großherzogshaus abgebrannt. (Hört, hört! links.) Die Anstaltsleiter der roten Hilfe und der Kommunisten ist unwürdig. Die SPD. ist eben heute staatsbezahrend geworden. Wir werden zusammen mit der russischen Opposition und der kommunistischen Opposition in allen Ländern den Kampf gegen die Stalin-Anarchie führen. In China hat der kommunistische Rote-Kurs die proletarische Revolution kaputt gemacht. (Große Heiterkeit.) Wir kämpfen weiter unter Trotzki und Sinowjew.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen und auf Sonnabend, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, vertagt.



Madame

Auch Sie werden sich wohl in diesen Tagen mit dem Tabak beschäftigen müssen, wenn Sie einen Tabakfreund durch eine Weihnachtsgabe erfreuen wollen. Die Wahrscheinlichkeit ist zwar groß, daß er schon immer HAUS NEUERBURG Marken bevorzugt hat, denn es sind die Zigaretten, welche die weiteste Verbreitung besitzen. Wo sie aber seine besondere Vorliebe nicht kennen, werden Sie stets in den Augen eines Rauchers mit den Erzeugnissen einer so bekannten Firma Sachkenntnis und gepflegten Geschmack beweisen.

Dürfen wir Sie bitten, sich in einem guten Tabak-Laden die Geschenk-Packungen von HAUS NEUERBURG zeigen zu lassen.

Zwei Geschenk-Packungen stehen zu Ihrer Verfügung, sie lassen schon äußerlich die Freude vermuten, die im Inhalt verborgen liegt.

- 1) 50 LÖWENBRÜCK
 - 25 GÜLDENRING mit Gold
 - 25 GÜLDENRING ohne Gold
- } 9 MARK

- 2) 100 RAVENKLAU 6 MARK

Für die schöne Ausstattung ist kein Preiszuschlag berechnet.



Haus Neuenburg
• O • H • G •

MANTEL

schwerer Ottomane, ganz gefüttert auf Damassé, mit reichem Pelzbesatz

32,50



HERMANN

Leipziger Strasse, Alexanderp Platz, Frankfurter Allee, Belle-Alliance-Strasse, Brunnenstr., Kottbuser Damm, Wilmersdorfer Str., Chausseestr., Andreasstr.

Morgen, Sonntag, sind unsere Häuser von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

Am Dienstag 13. Dez. 16 1/2 Uhr... Karl Quiel... im 64 Lebensjahr... Berlin, 16. Dezember 1927.

Dr. Jacobson Arzt für Biodynamie 50 Weißburger Str. 50

LJUERGENS ALEXANDER PLAZ

Verkäufe

Handschuhe, Kleider, Schuhe... verschiedene Artikel zum Verkauf...

Nähmaschinen

Handelnäher, Nähmaschinen... verschiedene Modelle...

Möbel

Bücherregale, Sofas, Stühle... verschiedene Möbelstücke zum Verkauf...

Das Weihnachts Geschenk

ETERNOLA Kofferapparate, Schrankapparate, Mifa Qualitäts-Nähmaschine

MIFA-FABRIK-VERKAUFSTELLEN Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1; NW 21, Turmstr. 3...

Kaufgesuche

Handschuhe, Kleider, Schuhe... Kaufgesuche für verschiedene Artikel.

Unterricht

Unterricht in Musik, Kunst... verschiedene Kurse angeboten.

Vermietungen

Zimmer, Wohnungen... verschiedene Immobilien zum Vermieten.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote... verschiedene Arbeitsstellen.

Mechaniker

Zuverlässiger, älterer Mechaniker

Zum Fest

gut gekleidet mit wenig Geld! 10% Rabatt

Herren-Ulster / Paletots / Anzüge
Damen-Mäntel / Eleg. Kleider

Beiser

Sonntag geöffnet von 2-6 Uhr

Blauer Anzug 88,-
Flotter Straßenanzug 69,-

Aus der Partei.

Deutsche Sozialisten in Rio geben unter dem Titel „Das andere Deutschland“ eine sozialistische Wochenchrift heraus...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bitte an das Bezirkssekretariat Berlin S 3 56, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Für den Wahlfonds der SPD in Berlin wurde von der Betriebsfraktion des Bezirksamts Prenzlauer Berg der Betrag von 100 Mark an die Bezirkskasse abgeführt...

- 7. Kreis, Charlottenburg. Heute, Sonnabend, 17. Dezember, 19 1/2 Uhr. Sitzung der Jugendkommission im Jugendheim, Köpenicker Str. 4...

Heute, Sonnabend, 17. Dezember:

- 8. Abt. Anmeldung von Kindern usw. zur Weihnachtsfeier... 13. Abt. Die Karten für die Teilnahme der Kinder an der Weihnachtsfeier...

Morgen, Sonntag, 18. Dezember:

- 24. Abt. Weihnachtsfeier im Gartenhof des Sozialhaus Friedrichshagen... 25. Abt. Charlottenburg. 10 Uhr vormittags treffen sich die Genossen zur Tischtennisbegegnung...

Frauenveranstaltungen.

- 4. Abt. Sonntag, 18. Dezember, 16 Uhr, im Jugendheim, Sandberger Str. 50: Weihnachtsfeier.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

- 1. Kreis, Mitte. Heute, Sonnabend, 17. Dezember, 19 1/2 Uhr, in der Kulturabteilung des Arbeitervereins, Prenzlauer Str. 156/157...

Jungsozialisten.

Wahlung, Groß-Berlin. Die Gruppenleiter müssen unbedingt die Programme für Januar dem Genossen Kurt Jüngelmann, Frick-Richter-Str. 3, einbringen.

Kinderfreunde Groß-Berlin.

Sprechstunde zur Gemeindefestung. Alle Mitspieler treffen sich Sonntag vormalig 11 Uhr am Bühnenbauverein, Lindenstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

133. Abt. Seemannsdorf. Belegung der Räume unterer verdorrbenen Genossen Prof. W. B. 1. 1. heute, Sonnabend, 17. Dezember, 16 Uhr, Hermannstraße 11. Treffpunkt: 15 1/2 Uhr, Bahnhof, Südkorridor.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Unser Weihnachtsausstellung im Jugendheim, Köpenicker Str. 4, ist bis Freitag, 23. Dezember, mittags von 10-12 Uhr, Sonntag von 10-12 Uhr geöffnet.

Heute, Sonnabend, 17. Dezember:

Abends. Weihnachtsfeier gemeinsam mit der Partei. - Friedrichshagen. Weihnachtsfeier im Heim, Köpenicker Str. 4. - Köpenick. Weihnachtsfeier im Heim, Köpenicker Str. 4.

Morgen, Sonntag, 18. Dezember:

Friedrichshagen. Besuch der Weihnachtsausstellung. - Köpenick. Besuch der Weihnachtsausstellung. - Köpenick. Besuch der Weihnachtsausstellung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin E. 14, Seckelstr. 17, Hof 2. - Tempelhof. Arbeitabend mit bis auf weiteres aus.

Funkwinkel.

Schon Fritz Rautner nennt die Sinne des Menschen Zufallsinne. Und man ist heute der Meinung, daß 12 Sinne vorhanden sind.

Einberufen im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Gäste und Freunde des Clubs willkommen.

Arbeitersport.

Fußball-Schlussspiel um die Ostbezirksmeisterschaft. Die letzten Spiele um die Ostbezirksmeisterschaft sind von größter Bedeutung, da es nicht möglich ist, daß noch von den daran beteiligten Vereinen punktgleich werden können.

Handballspiele am 18. Dezember.

Die Spiele sind heute zum Ende zu, alle Spiele sind nur noch Handballspiele. In der 2. Gruppe spielen Eigenheim und Borsdorf um 9 1/2 Uhr in Eigenheim.

Hockeyspiele am 18. Dezember.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin Hockey 1 und 2. Hockey 1 treffen sich um 19 1/2 Uhr auf dem Hohenhof in Grunewald.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien. Abt. Charlottenburg. Freitag, 16. Dez., 20 Uhr, Spreeufer, 20. Platz, Potsdamer Brücke, 17. Dez., 19 1/2 Uhr, in der Kaserne, Köpenicker Str. 156/157.

Advertisement for SALAMANDER SCHUHE (Salamander shoes) by SCHENKE PRAKTISCH. Includes a logo with a salamander and the text 'ZU JEDEM SCHUH DER PASSENDE STRUMPF.' and 'DAS ERZEUGNIS DER GRÖSSTEN SCHUHFABRIK DEUTSCHLANDS'.

